

Jusos Hessen-Nord

BEZIRKSKONFERENZ 2024



14. APRIL 2024
STADTHALLE HOFGEISMAR

Antragsspiegel

L Leitantrag

L1 Leitantrag zur Europawahl Bezirksvorstand

B Bildung

B1 Fahrradboxen für staatliche Schulen Bezirksvorstand
B2 Besuch des hessischen Landtags Unterbezirk Fulda
B3 Einführen eines verpflichtendem Schülerfeedbacks Unterbezirk Fulda
B4 Abschlussprüfungen transparenter machen Unterbezirk Fulda
B5 Abschaffung von Religionsunterricht an Grundschulen Unterbezirk Kassel-Land
B6 Religionsunterricht als Wahlfach Unterbezirk Kassel-Land
B7 Sportunterricht als Wahlfach Unterbezirk Kassel-Land
B8 Zwei Phasen Leistungskursangebot in der
gymnasialen Oberstufe erweitern Unterbezirk Kassel-Land
(dreigleisig fährt es sich besser)
B9 Kostenübernahme für Schulmaterialien in Hessen Unterbezirk Kassel-Stadt
B10 Kostenloser Nachhilfeunterricht Unterbezirk Kassel-Land
B11 Außenstelle der Landeszentrale für politische
Bildung in Nordhessen Unterbezirk Kassel-Land

F Finanzpolitik

F1 Streichung der staatlichen Finanzierung der AfD Unterbezirk Fulda
F2 Portemonnaies leichter machen Unterbezirk Fulda
F3 Kommunen finanziell stärken! Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
F4 Internet ist kein Luxusprodukt! Unterbezirk Kassel-Land
F5 Strom ist kein Luxusprodukt! Unterbezirk Kassel-Land
F6 Abschaffung der Tagessätze in Frauenhäusern
durch eine ausreichende Finanzierung Unterbezirk Kassel-Stadt
F7 Sicherstellung zur Kostenübernahme durch
Krankenkassen von Unterbezirk Kassel-Stadt
geschlechtsangleichenden Maßnahmen
F8 Soforthilfe für Geburtsstationen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

- | | | |
|-----|----------------------------------|--------------------------------|
| F9 | Mindestlohn – Aber richtig! | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| F10 | Mobilfunk ist kein Luxusprodukt! | Unterbezirk Kassel-Land |

IP Internationale Politik

- | | | |
|-----|---------------------------------------------------|-------------------|
| IP1 | Russische Vermögenswerte an die Ukraine übergeben | Unterbezirk Fulda |
|-----|---------------------------------------------------|-------------------|

O Organisation und Satzung

- | | | |
|----|-------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------|
| O1 | Einheitliche Awareness Konzepte in der Partei | Bezirksvorstand |
| O2 | Endlich Zähne zeigen! AfD-Hetze in Parlamenten konsequent bekämpfen | Unterbezirk Fulda |
| O3 | Mehr Fahrtgeld bei Fahrgemeinschaften | Unterbezirk Werra-Meißner |
| O4 | Projekt GPT-Antraginator: Damit Anträge schneller verfasst sind als Kaffee gekocht! | Unterbezirk Werra-Meißner |
| O5 | Rotes Netz 2.0 | Unterbezirk Kassel-Land |
| O6 | SPD Hessen-Nord fit für die Zukunft machen! | Bezirksvorstand |

RI Rechts- und Innenpolitik

- | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|
| RI1 | Faire Chancen auf Einbürgerung für Staatenlose | Bezirksvorstand |
| RI2 | Vegan kann mehr | Bezirksvorstand |
| RI3 | Wasser marsch! Echter Ausbau von Wasserspendern in ganz (Nord-)Hessen | Bezirksvorstand |
| RI4 | Sich rechtlich von den Eltern scheiden lassen können- "Rechtsstatus Leaving Care" einführen! | Bezirksvorstand |
| RI5 | Werbeverbot für Sportwetten | Unterbezirk Kassel-Land |

SZ Soziales und Arbeit

- | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| SZ1 | Die Zukunft sichern: Für eine flächendeckende und bedarfsgerechte ambulante psychotherapeutische Versorgung junger Menschen | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| SZ2 | Förderung Ehrenamt | Unterbezirk Kassel-Land |
| SZ3 | Wickeln kann jede*r | Unterbezirk Kassel-Land |
| SZ4 | Stärkung betrieblicher Mitbestimmung-eine Kerbe schlagen für die Sozialdemokratie! | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| SZ5 | Mehr Mitwirkungsrechte für SBV und JAV Jetzt ! | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| SZ6 | Frauen in den Betrieben stärken | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| SZ7 | Sozialdemokratischer Klimaschutz in den Betrieben | Unterbezirk Kassel-Stadt |

- | | | |
|-----|------------------------------------------------------------------------|--------------------------|
| SZ8 | Ausführliche Datenerhebung und
-veröffentlichung zum Thema Femizide | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| SZ9 | Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung | Unterbezirk Kassel-Stadt |

T Tierschutz

- | | | |
|----|-----------------------------------------------|-------------------|
| T1 | Tierheime entlasten und damit Tiere schützen! | Bezirksvorstand |
| T2 | Qualen von Kälbern reduzieren | Unterbezirk Fulda |

U Umweltschutz/Verkehr

- | | | |
|----|-------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------|
| U1 | Greenwashing entgegen wirken: Einheitliche Umwelt-
und Klimakosten Zertifizierung | Bezirksvorstand |
| U2 | Neue Spielregeln für den freiwilligen Kohlenstoffmarkt.
Runter vom verkohlten Holzweg! | Unterbezirk Schwalm-Eder |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: L1

Antragsteller*in: Bezirksvorstand

Adressat: Jusos Hessen-Nord

Betr.: Leitantrag zur Europawahl

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die Europawahl steht vor der Tür und die Europäische Union sieht großen Herausforderungen
4 entgegen. Von der Bewältigung der Klimakrise, über die Auseinandersetzung mit Krieg und
5 humanitären Notlagen, bis hin zum Einsatz gegen Armut und für die Verbesserung der Lebens-
6 und Arbeitsumstände aller Menschen.

7
8 Mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft kann die EU auch als Sozialgemeinschaft fungieren.
9 Daran glauben wir und dafür setzen wir uns ein. Eine solche Gemeinschaft setzt Solidarität unter
10 den Mitgliedstaaten voraus: Gemeinsamer Einsatz gegen die Klimakrise, eine gemeinsame und
11 gerechte Asylpolitik, sowie gemeinsame Investitionen sind wichtige Ansatzpunkte.

12
13 Die großen Herausforderungen unserer Zeit können nicht im Alleingang bewältigt werden. Eine
14 globale Perspektive ist unerlässlich, um echte Veränderungen herbeizuführen. Für uns ist Europa
15 die Antwort!

16
17 Zum ersten Mal können in dieser Wahl auch Menschen ab 16 mitbestimmen. Damit ist der Weg
18 für ein Europa der jungen Menschen geschaffen. Als Jusos Hessen-Nord wollen wir auch in der
19 kommenden Legislaturperiode Themen und Ideen zu Europa und für die Europäische Union
20 einbringen. Wir wollen mitsprechen und mitgestalten. Deswegen setzen wir uns in den
21 kommenden Jahren für positive Entwicklungen in Europa ein und wollen die Themen dieses
22 Leitantrags aktiv einbringen und unterstützen.

23
24 **Für ein demokratischeres Europa**

25
26 Unser Europa zeichnet sich durch Offenheit, Nachhaltigkeit und Solidarität aus. Unser Ziel ist es,
27 die Europäische Union zu transformieren. Wir haben die Vision der Vereinigten Staaten von
28 Europa. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die EU ihre demokratischen Strukturen stärken und
29 sich intensiver für soziale sowie ökologische Belange einsetzen, anstatt sich lediglich als
30 wirtschaftlichen Verbund zu verstehen.

31
32 Die Demokratie bildet das Fundament der Europäischen Union. Jedoch beobachten wir seit
33 einiger Zeit den Zuwachs autoritärer und nationalistischer Bewegungen, die diese Basis
34 erschüttern. Dies manifestiert sich in Gesetzgebungen, die die Unabhängigkeit der Justiz
35 untergraben, die Rechte von Flüchtlingen ignorieren oder die Freiheit der Presse einschränken.
36 Es ist essentiell, dass die EU in der Lage ist, gegen diese Missstände vorzugehen, ihre
37 Regelungen bezüglich der Rechtsstaatlichkeit zu verstärken und diese regelmäßig zu evaluieren.

38
39 **Für ein junges Europa**

40
41 Für junge Menschen ist die EU nicht mehr wegzudenken. Die Freiheit, Studien-, Arbeits- und
42 Wohnort frei zu wählen, ist ein wesentlicher Bestandteil des Lebens junger Menschen. Um die

43 Sicherheiten, die die EU uns bietet, auch zukunftsicher abzusichern, ist die Auseinandersetzung
44 mit ihr unabdingbar. Bildung über Strukturen und Prozesse innerhalb der EU muss deswegen
45 ausgeweitet werden.

46

47 **Für ein zukunftsfähiges Europa**

48

49 In Zeiten von Krieg und Unsicherheit ist die EU wichtiger denn je, gerade aufgrund ihrer
50 friedenspolitischen Funktion in Europa. Wir bekennen uns deswegen ausdrücklich zur
51 Europäischen Union.

52

53 Gleichzeitig besteht dringender Reformbedarf. Die Strukturen der EU sind historisch gewachsen,
54 aber den aktuellen Aufgaben und Anforderungen der Mitgliedsstaaten werden sie nicht gerecht.
55 Zur Legitimation der EU muss in einen Reformprozess auch die Zivilgesellschaft aktiv einbezogen
56 werden.

57

58 **Für ein offenes Europa**

59

60 Wir unterstützen ausdrücklich die Aufnahmeverhandlungen der Ukraine als Mitgliedsstaat. Der
61 Krieg in der Ukraine hat einmal mehr bewiesen, dass die Ukraine ein Teil Europas ist. Die vielen
62 Ukrainer*innen in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten sind Europäische Bürger*innen,
63 und sollen dies auch bleiben.

64

65 **Für ein gerechtes Europa, auch und gerade an den Außengrenzen**

66

67 Es ist richtig, dass neue Reformen sicherstellen sollen, dass Geflüchtete und Migrant*innen in
68 allen Mitgliedsstaaten gleichbehandelt werden. Faktisch jedoch bedeutet die GEAS Reform nur
69 eine Verschärfung zu Kosten derjenigen, die unsere Hilfe in Europa am nötigsten haben.
70 Deswegen setzen wir uns auch weiterhin für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein, wobei die
71 EU hier ein zentraler, progressiver Akteur sein muss.

72

73 **Für ein Europa der Menschen, nicht der Wirtschaft**

74

75 Solidarität bedeutet auch, dass große Unternehmen ihren Teil zur Gesellschaft beitragen
76 müssen. Deswegen ist es unabdingbar, dass Unternehmen, die in der EU wirtschaften, gerechte
77 Steuern zahlen.

78

79 **Für ein Europa für alle**

80

81 In vielen EU Staaten sind Frauen*rechte sowie Rechte für LGBTQI* Menschen noch nicht fest
82 verankert. Kein Mitgliedstaat hat bisher die Geschlechtergerechtigkeit vollumfänglich erreicht. Wir
83 setzen uns deswegen dafür ein, dass Menschenrechte für alle auch in der Zukunft ein zentrales
84 Thema bleiben.

85

86 **Für ein soziales Europa**

87

88 **Arbeitsbedingungen in allen Mitgliedstaaten**

89

90 In Anbetracht der Bedeutung angemessener Arbeitsbedingungen für das Wohlergehen der
91 Arbeitnehmer und die wirtschaftliche Stabilität Europas erkennen wir die Dringlichkeit an,
92 Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeitsbedingungen in Europa zu verbessern.

93

94 Die Förderung von Flexibilität am Arbeitsplatz soll im Einklang mit dem Schutz der
95 Arbeitnehmerrechte stehen, um eine ausgewogene Work-Life-Balance zu gewährleisten. Die
96 Förderung von lebenslangem Lernen und beruflicher Weiterbildung soll unterstützt werden, um
97 Arbeitnehmenden die Möglichkeit zu geben, sich den Veränderungen in der Arbeitswelt
98 anzupassen und zu verbessern.

99

100 Zur Verringerung von Armut und zur Angleichung der Lebensverhältnisse braucht es eine
101 Rahmenrichtlinie für Mindeststandards bei der Grundsicherung, Mindeststandards für alle
102 Erwerbstätigen in den nationalen Arbeitslosenversicherungssystemen sowie nach der
103 Mindestlohnrichtlinie.

104

105 **Sozialer Wohnungsbau**

106

107 Der Wohnungsbau ist hierzulande dramatisch zurückgegangen. Mieten und Immobilienpreise
108 steigen in zahlreichen Metropolregionen Europas seit Jahren, besonders Haushalte mit niedrigem
109 Einkommen können sich dort kaum noch Wohnungen leisten. Das hat zum einen damit zu tun,
110 dass diese Städte attraktiv sind, der Platz aber nur begrenzt vorhanden ist. Weil zudem unter
111 anderem in Deutschland genug Wohnraum vorhanden war, zogen sich seit den achtziger Jahren
112 Bund und Kommunen aus dem sozialen Wohnungsbau zurück, die öffentliche Förderung vom
113 Wohnungsbau wurde stark eingeschränkt.

114

115 In europäischen Städten wurden zur Bekämpfung des Wohnraumproblems bereits vereinzelt gute
116 Ideen umgesetzt. So wurden in Barcelona Leerstände beschlagnahmt und zu bezahlbaren
117 Preisen zur Verfügung gestellt, Amsterdam deckelte die Mietpreise für Wohnungen oder in
118 London wurde ein Wohnungsbauprojekt für junge Menschen umgesetzt.

119

120 Das alles sind schöne Ideen, reichen aber für uns nicht aus- Wir wünschen uns einen gesicherte
121 Finanzierung von günstigem und bezahlbarem Wohnraum- denn Wohnen ist ein Menschenrecht!

122

123 **Für ein Europa, das Armut effektiv bekämpft**

124

125 Armut ist eine ernsthafte soziale Herausforderung, die das Leben von Millionen von Menschen in
126 Europa betrifft und die grundlegenden Prinzipien der Gerechtigkeit und Solidarität bedroht.
127 Angesichts dieser Situation ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Union
128 und ihre Mitgliedstaaten gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um Armut zu bekämpfen und das
129 Wohlergehen aller Bürger zu fördern. Die Europäische Union hat sich verpflichtet, die Ziele für
130 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen, einschließlich des Ziels, Armut in
131 all ihren Formen und überall zu beseitigen.

132

133 Nach einer Statistik aus 2022 sind 24,7 Prozent (fast 20 Millionen) der Kinder in Europa von
134 Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Besonders armutsgefährdet sind einer Untersuchung
135 zufolge Kinder mit Migrationshintergrund, körperlich oder geistig beeinträchtigte Kinder,
136 Angehörige ethnischer Minderheiten oder Kinder mit alleinerziehenden Elternteilen.

137

138 Um Kinderarmut etwas entgegenzusetzen fordern wir die Einführung der 2021 beschlossenen
139 Europäischen Kindergarantie. EU-Mitgliedstaaten sollen dazu verpflichtet werden,
140 armutsgefährdeten Kindern Zugang zu kostenloser Betreuung und Bildung zu verschaffen.

141

142 **Für die Jusos in Europa**

143

144 Europa bedeutet nicht nur die Freiheit, an anderen Orten zu leben und zu arbeiten, sondern kann
145 auch ein Ansatzpunkt sein, voneinander und miteinander zu lernen. Wir wollen uns deswegen in
146 den kommenden Jahren aktiv mit anderen linken, progressiven und sozialistischen
147 Jugendorganisationen vernetzen und austauschen. Gleichzeitig wollen wir Themen und Anträge
148 einbringen, um sicherzustellen, dass junge Themen und Interessen auch innerhalb der S&D
149 Fraktion im EU-Parlament beachtet werden.

150

151 **Für unsere Juso Kandidierenden**

152

153 Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir Jusos für ein geeintes, starkes und
154 solidarisches Europa kämpfen. Deshalb sehen wir voller Tatendrang auf die Europawahl 2024.

155 Wir wollen gemeinsam mit unseren Juso Kandidierenden Thevagar Mohanadhasan und Jonas
156 Höth einen engagierten Wahlkampf durchführen. Zusammen mit der SPD Kandidierenden
157 Martina Werner und Adriana Reitz wollen wir wieder eine Abgeordnete aus Hessen-Nord ins
158 Europaparlament schicken.

159

160

161 **Begründung:**

162

163 Erfolgt mündlich.

164

165

166 angenommen

167 abgelehnt

168 überwiesen an

169

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B1

Antragsteller*in: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Fahrradboxen für staatliche Schulen

1
2 Die SPD-Fraktion wird aufgefordert, sich für die Installation verschließbarer Fahrradboxen an
3 allen hessischen Schulen einzusetzen und diese zu unterstützen.

4
5
6 **Begründung:**
7
8 Die Nutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel trägt zur Reduzierung von CO2-Emissionen bei.
9 Indem Schüler*Innen ermutigt werden, mit dem Fahrrad zur Schule zu kommen, leisten sie einen
10 positiven Beitrag zum Umweltschutz. Verschließbare Fahrradboxen bieten einen sicheren
11 Aufbewahrungsort während des Schulbetriebs. Dadurch wird das Risiko von Diebstählen und
12 Vandalismus minimiert und die Langlebigkeit der Fahrräder gewährleistet. Allgemein sollte es
13 unser Ziel sein, so genannte „Elterntaxis“ langfristig zu ersetzen. Durch den Sicherheitsaspekt
14 soll das Fahrrad als Verkehrsmittel attraktiver werden.

- 15
16
17 angenommen
18 abgelehnt
19 überwiesen an
20

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B2

Antragsteller*in: Unterbezirk Fulda

Adressat: UBK, BeKo, LaKo, UBPT, BePT, LPT, Landtagsfraktion

Betr.: Besuch des hessischen Landtags

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD-Fraktion im Landtag setzt sich dafür ein, dass Schulklassen in der Mittelstufe im
4 Rahmen des PoWi-Unterrichts eine Sitzung des hessischen Landtags besuchen. Mit diesem
5 Besuch geht ein Treffen mit Politiker*innen aus allen Fraktionen des Landtags einher, denen die
6 Schüler*innen ihre Fragen stellen können. Im Rahmen des Unterrichts wird eine Vor- und
7 Nachbereitung geleistet.

8
9

10 **Begründung:**

11
12 Erfolgt mündlich.

13
14
15

- 16 angenommen
17 abgelehnt
18 überwiesen an

19

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B3

Antragsteller*in: Unterbezirk Fulda

Adressat: UBK, BeKo, LaKo, UBPT, BePT, LPT, Landtagsfraktion

Betr.: Einführen eines verpflichtendem Schülerfeedbacks

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Lehrkräfte sind verpflichtet, einmal im Schulhalbjahr vor dem endgültigen Eintragen der
4 Zeugnisnoten, eine standardisierte Evaluation ihres Unterrichts durchzuführen. Hier können
5 Schüler*innen anonym und sachlich ihre Wahrnehmung des Unterrichts ausdrücken. Hierfür stellt
6 das Kultusministerium nach wissenschaftlichen Standards erarbeitete Fragebögen bereit. Diese
7 sollen sowohl digital als auch auf Papier beantwortet und ausgewertet werden können.
8
9

10 **Begründung:**

11 Erfolgt mündlich.
12
13
14
15

- 16 angenommen
17 abgelehnt
18 überwiesen an
19

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B4

Antragsteller*in: Unterbezirk Fulda

Adressat: UBK, BeKo, LaKo, BePT, LPT, Landtagsfraktion

Betr.: Abschlussprüfungen transparenter machen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung
4 dafür ein, dass in Zukunft sämtliche vergangenen landesweit zentralisierten schulischen
5 Abschlussprüfungen zusammen mit den zugehörigen Lösungshinweisen auf einer Website des
6 Landes kostenlos und frei zugänglich zur Verfügung gestellt werden.

7
8
9 **Begründung:**

10
11 Erfolgt mündlich.

- 12
13
14
15 angenommen
16 abgelehnt
17 überwiesen an

18

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B5

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso Landeskonferenz Hessen, SPD-Unterbezirksparteitag Kassel- Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Abschaffung von Religionsunterricht an Grundschulen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass Religionsunterricht in Hessen
3 künftig erst ab der fünften Klasse unterrichtet wird. Der aus dem Lehrplan der Grundschule
4 wegfallende Religionsunterricht soll mit einem flächendeckendem Ethikunterricht ersetzt
5 werden.

6

7 **Begründung:**

8 Religionsunterricht soll künftig erst ab der Jahrgangsstufe 5 angeboten werden, denn ab
9 diesem Alter sind die SuS im Stande selbstständig zu wählen, ob sie am Religionsunterricht,
10 oder am Ethikunterricht künftig teilnehmen wollen. Die religiöse Mündigkeit erreichen Kinder
11 nach §5 des RElKErzG erst im Alter von 14 Jahren.¹ Ein Kind in der ersten Klasse im Alter
12 von ungefähr 6 Jahren ist nicht in der Lage zu entscheiden, ob es künftig den Religions- oder
13 den Ethikunterricht besucht. Diese Entscheidung liegt daher meist bei den Eltern, eine
14 Entscheidung welche langwierigen Folgen auf das Kind hat, denn erst im Alter von 14 Jahren
15 darf das Kind eigenständig die einstige Entscheidung der Eltern revidieren. Daher sollte
16 diese Entscheidung generell zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Deshalb entfällt der
17 Religionsunterricht in der Grundschule vorerst. Ab der fünften Klasse wiederum sind die
18 SuS eher im Stande selbst zu wählen, ob sie weiterhin am Ethikunterricht teilnehmen wollen,
19 oder künftig am Religionsunterricht teilnehmen.

20 Zudem kommt der qualitativ mangelnde Ethikunterricht an Grundschulen, sofern dieser
21 überhaupt angeboten wird. Schüler an Grundschulen haben also meist keine Alternative zum
22 Religionsunterricht. Dabei sind, nach dem Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung nur
23 noch knapp 50 Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen christlichen Glaubens.²
24 Zum Vergleich, 1950 in dem ungefähren Zeitraum, in dem der Lehrplan für die Grundschule
25 erstmals erstellt wurde, waren es noch 96%. Der flächendeckende Religionsunterricht wurde
26 zur damaligen Zeit mit einer anderen Legitimationsgrundlage eingeführt, eine Legitimation,
27 welche er Tag für das Tag verliert. Die Gesellschaft hat sich in den letzten 70 Jahren stark

¹ RElKErzG. Online verfügbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/kerzg/BJNR009390921.html>
(letzter Zugriff 26.02.24).

² Religionsmonitor Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/religionsmonitor/projektnachrichten/so-gelingt-religioese-vielfalt-durch-kontakt-zueinander> (letzter Zugriff 26.02.24).

28 gewandelt, dann sollte es auch der Anspruch der Bildung sein, sich diesem Wandel
29 anzupassen.

30 Die Ziele des Kerncurriculums der Primärstufe in Hessen im Fach Religion sehen unter
31 anderem die Wahrnehmung und Beschreibung der Schöpfung vor, sowie der Deutung der
32 Schöpfung der Welt und des Menschen als Werk Gottes.³ Der aus der Politikwissenschaft
33 stammende Beutelsbacher Konsens sieht es vor, Kontroversen in der Wissenschaft auch im
34 Schulunterricht kontrovers darzustellen.⁴ Dies sollte auch im Religionsunterricht respektiert
35 werden. Leider gestaltet sich der Religionsunterricht der Grundschule zu einer reinen
36 Indoktrination christlicher Werte und Weltvorstellungen. Religionsunterricht sollte, daher
37 kritischer mit der Religion umgehen. Ethikunterricht hingegen schafft es die Lehre von Moral
38 an die SuS weiter zu vermitteln, ohne dass dabei eine bestimmte Religion bevorzugt wird,
39 denn in Deutschland herrscht religiöse Neutralität.

40 Um diese Neutralität zu wahren, sollen SuS nicht bereits in den ersten Jahren ihrer
41 Schullaufbahn dem Religionsunterricht ausgesetzt werden. Stattdessen gibt es einen
42 flächendeckenden Ethikunterricht, der niemanden ausschließt, und jedem Grundschüler und
43 jeder Grundschülerin das gleiche Recht auf Bildung ermöglicht.

44

45

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

³ ³ Kerncurriculum Hessen, Fach katholische Religion. Online verfügbar unter: https://relpaed-oberursel.bistumlimburg.de/fileadmin/redaktion/SCHULE/RP_Oberursel/Kerncurriculum_kath._Religion_Primarstufe.pdf (letzter Zugriff* 26.02.24).

⁴ BPB, Beutelsbacher Konsens. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/die-bpb/ueberuns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> (letzter Zugriff 26.02.24).

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B6

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso
Landeskonferenz Hessen, SPD-Unterbezirksparteitag
Kassel- Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD
Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Religionsunterricht als Wahlfach

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2 Dies SPD-Landtagsfraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass Religionsunterricht
3 und Ethikunterricht ab der gymnasialen Oberstufe künftig nicht mehr verpflichtend ist und
4 somit auch nicht mehr verpflichtend in die Finale Abiturnote mit einfließt. Sie sollen fortan als
5 Wahlpflichtfächer angeboten werden. Das Wahlangebot dieser Fächer soll im
6 Kerncurriculum verankert werden. Der Paragraph 16 der hessischen Oberstufen
7 Abiturverordnung (OAVO) soll ebenfalls dahingehend geändert werden, dass die Fächer
8 Religion und Ethik aus dem Pflichtbereich der Oberstufe fallen und als Wahlpflichtfächer
9 angeboten werden.

10

11 **Begründung:**

12 Der Religionsunterricht ist das einzige Fach, welches über das Deutsche Grundgesetz unter
13 Artikel 7 Abschnitt 3 verankert ist. Dort heißt es, dass der Religionsunterricht ein ordentliches
14 Lehrfach ist. Auch das Hessische Schulgesetz sieht unter §8 den Religionsunterricht als
15 verpflichtendes Fach, SuS (Schülerinnen und Schüler) welche nicht am Religionsunterricht
16 teilnehmen, müssen alternativ den Ethikunterricht belegen. Die hessische Oberstufen
17 Abiturverordnung (OAVO) sieht den Religionsunterricht im Pflichtbereich der gymnasialen
18 Oberstufe vor. Dabei müssen mindestens zwei vom Schüler gewählte Halbjahresnoten in
19 das Abitur mit einfließen. Eine Begründung, warum selbst in der Oberstufe der
20 Religionsunterricht, in Hessen, noch verpflichtend ist, gibt es nicht. Auch in Artikel 7 des
21 Grundgesetzes wird zwar Religionsunterricht als ordentliches Pflichtfach bezeichnet, jedoch
22 nicht bis hin zur Oberstufe. Bereits in anderen Bundesländern, wie Hamburg¹, ist
23 Religionsunterricht in der Oberstufe bereits ein Wahlpflichtfach. Religionsunterricht sollte aus
24 guten Gründen ein Wahlpflichtfach sein, auch in Hessen. Denn Religionsunterricht ist ein
25 Interessensfach und vor allem auch Überzeugungsfach. Wer weder daran interessiert, oder
26 davon überzeugt ist, wird mit diesen beiden Fächern lediglich dazu genötigt, seinen ohnehin
27 schon vollen Stundenplan während der Abiturzeit noch weiter zu füllen. Fakt ist, dass das
28 Interesse an der Religion, vor allem an der christlichen Religion, stetig abnimmt. Nicht zuletzt
29 erkennbar an den seit Jahren stetig sinkenden Mitgliederzahlen.² Wir fordern daher einen

¹ Hamburger Bildungsplan, online verfügbar unter:

<https://www.hamburg.de/bildungsplaene/16762882/start-sek2-2022/> (letzter Zugriff 26.02.24).

² Statista, online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1229/umfrage/anzahl-der-mitglieder-der-evangelischen-kirche-seit-2003/> (letzter Zugriff 05.11.23).

30 flexibleren Stundenplan in der gymnasialen Oberstufe, ohne religiöse Bevormundung durch
31 das Land Hessen.

32

33

34

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B7

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso
Landeskonferenz Hessen, SPD-Unterbezirksparteitag
Kassel- Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD
Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Sportunterricht als Wahlfach

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass Sportunterricht ab der
3 gymnasialen Oberstufe künftig nicht mehr verpflichtend ist. Er soll fortan als Wahlpflichtfach
4 angeboten werden. Das Wahlangebot dieses Faches soll im Kerncurriculum verankert
5 werden. Der Paragraph 17 des OAVO soll ebenfalls dahin geändert werden, dass das Fach
6 Sport aus dem Pflichtbereich der Oberstufe entfällt und als Wahlpflichtfach angeboten wird.

7

8 **Begründung:**

9 Unter SuS ist der Sportunterricht ein polarisierendes Fach. Für die einen ist es eine gute
10 Gelegenheit eine gute Note für das Zeugnis zu erzielen, für andere wiederum ist der
11 Sportunterricht eine sich Woche für Woche wiederholende Qual. Wer sich sportlich betätigt
12 wird im Sportunterricht gute Noten erzielen. Ein Prinzip, welches für jedes Fach gilt, wer viel
13 lernt, kann viel erreichen. Doch anders als in anderen Fächern machen sich Menschen,
14 welche im Sportunterricht schlecht abschneiden, aufgrund ihres Gewichts, Unsportlichkeit
15 oder Demotivation angreifbar, angreifbar für Diskriminierung auch außerhalb der Schule.

16 Eine weitere Besonderheit des Sportunterrichts ist, dass er von der ersten Klasse bis zum
17 Abitur verpflichtend ist und zusätzlich verpflichtend in die Abiturnote einfließt. Daher soll der
18 Sportunterricht, wie fast jedes andere Fach, ab der Oberstufe ein Wahlpflichtfach werden,
19 was SuS die Möglichkeit gibt den Sportunterricht abzuwählen und ihren Stundenplan somit
20 flexibler zu gestalten.

21

22

23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

<u>Antrag:</u>	B8
<u>Antragssteller*in:</u>	Jusos Kassel-Land
<u>Adressat:</u>	Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso Landeskonferenz Hessen, SPD-Unterbezirksparteitag Kassel- Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Zwei Phasen Leistungskursangebot in der gymnasialen Oberstufe erweitern (dreigleisig fährt es sich besser)

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Wahl der
3 Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe flexibler gestaltet wird, indem der §13
4 Abschnitt 2 der hessischen Oberstufen Abiturverordnung (OAVO) um die
5 gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächer, darunter Politik und Wirtschaft, Geschichte und
6 Philosophie, als verpflichtenden Leistungskurs ergänzt werden. Somit haben Schülerinnen
7 und Schüler die Möglichkeit ihre verpflichtenden Leistungskurse aus allen der drei
8 Aufgabenfelder zu wählen.

9

10 **Begründung:**

11 Der §13 Abschnitt 2 der hessischen OAVO regelt die Wahlmöglichkeiten der Leistungskurse
12 der gymnasialen Oberstufe in Hessen. Er besagt sinngemäß, dass bei der Belegung der
13 beiden Leistungskurse eine Fremdsprache, oder eine Naturwissenschaft gewählt werden
14 muss. Der zweite Leistungskurs kann frei gewählt werden, sofern die Schule das Fach
15 anbietet.¹ Dieses zweigleisige Angebot soll um die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer
16 erweitert werden. Denn SuS (Schülerinnen und Schüler), deren Interessenschwerpunkte auf
17 den Fremdsprachen, oder Naturwissenschaften lagen, waren durch dieses zweigleisige
18 System bevorzugt, da sie alle ihre präferierten Kurse als Leistungskurs wählen konnten und
19 so ihre Stärken ausspielen konnten. SuS deren Interesse eher in den
20 gesellschaftswissenschaftlichen Fächern liegen, konnten hingegen nur eines ihrer Fächer als
21 Leistungskurs wählen und waren gezwungen zusätzlich eine Fremdsprache, oder
22 Naturwissenschaft zu wählen, ohne größeres Interesse darin zu haben. Dies führte dazu,
23 dass Kurse, beispielweise im Fach Biologie, mit desinteressierten SuS gefüllt wurden,
24 worunter die Lernatmosphäre litt. Diese Kurse erreichen nur bedingt das Niveau eines
25 Leistungskurses, darunter leiden vor allem die SuS, welche das jeweilige Fach aus Interesse
26 gewählt haben.

¹ Hessische OAVO §13

27 Die meisten Schulen bieten als gesellschaftswissenschaftliche Fächer „Geschichte“, so wie
28 „Politik und Wirtschaft“ an. Zwei Fächer, welche im Lehrplan oftmals zu kurz kommen,
29 dennoch mindestens genauso wichtig sind, wie die Naturwissenschaften, oder
30 Fremdsprachen. Denn Geschichte zu lernen, heißt ebenso deutsche Geschichte zu lernen
31 und sie zu verstehen, zu verstehen warum in den deutschen Innenstädten Gold gefärbte
32 Stolpersteine aus dem Boden empor stechen und warum es so wichtig ist Antisemitismus
33 und Rassismus in unserem Land konsequent zu bekämpfen. Auch der Politikunterricht
34 verdient seine Berechtigung als Leistungskurs erster Wahl. Denn Politik zu lernen, heißt in
35 Deutschland auch Demokratie zu lernen, zu lernen über unsere Verfassung und
36 demokratischen Grundwerte.
37 Mit einem dreigleisigen Leistungskurssystem wird die Auswahl der Leistungskurse breiter
38 gefächert und vor allem flexibler gestaltet und das allgemeine Abitur wird seinem Namen
39 etwas gerechter, deshalb fordern wir das drei Phasen Leistungskursangebot.

40

41

42

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B9

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz

Betr.: Kostenübernahme für Schulmaterialien in Hessen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 **Forderung:**

4 Wir fordern die Kostenübernahme des Landes Hessen für alle unterrichtsbegleitenden
5 Schulmaterialien, wie zum Beispiel Pflichtlektüren und Bücher oder Arbeitshefte, damit
6 Chancengleichheit garantiert wird.

7
8
9 **Begründung:**

10
11 Der Schulalltag ist teuer. Neben der Grundausstattung (Schulranzen, Schreibhefte, Stifte uvm.)
12 fallen ab der Mittelstufe verpflichtende Lektüren an (Deutsch Lektüren zum Beispiel) und
13 unterrichtsbegleitende Materialien (Arbeitshefte abgestimmt auf Schulbücher). Allein für den
14 Deutschunterricht kostet ein Arbeitsheft bis zu 20 Euro. Rechnet man dies für alle Fächer hoch,
15 kommt man am Ende auf eine hohe Summe für Anschaffungskosten. Das Land Hessen sieht
16 bisher
17 einen Zuschuss von 150 Euro für Schulmaterialien pro Schuljahr vor, für Kinder deren Eltern den
18 Kinderzuschlag, Wohngeld, Bürgergeld, Sozialhilfen oder Asylbewerberleistungen beziehen.
19 Abgesehen davon, dass 150 Euro für den Grundbedarf an Schulmaterialien schon zu wenig ist,
20 reichen diese erst Recht nicht für das verpflichtende Arbeitsmaterial. Auch bei vielen Familien,
21 die keine staatliche Unterstützung erhalten, ist das Geld häufig knapp. Viele Kinder und
22 Jugendliche erhalten auch gar keine Unterstützung von Zuhause. Daher fordern wir die
23 Kostenübernahme dieser verpflichtenden, unterrichtsbegleitenden Materialien für mehr
24 Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Schulmaterialien sollten keine finanziellen Sorgen
25 bereiten!

- 26
27
28 angenommen
29 abgelehnt
30 überwiesen an

31

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B10

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso
Landeskonferenz Hessen, SPD-Unterbezirksparteitag
Kassel- Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD
Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Kostenloser Nachhilfeunterricht

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD-Landtagsfraktion wird geben, dass an Schulen in Hessen künftig kostenloser
4 Nachhilfeunterricht für SuS angeboten wird. Der Nachhilfeunterricht findet dabei nach dem
5 regulären Unterricht statt und beruht auf einer freiwilligen Basis. Der Nachhilfeunterricht soll
6 SuS helfen, verpassten Unterrichtsstoff nachzuholen, Hausaufgaben zu lösen, oder
7 Verständnisprobleme zu klären. Der Nachhilfeunterricht kann dabei auch von einer nicht
8 examinierten Lehrkraft durchgeführt werden.

9

10

11 **Begründung:**

12 Nachhilfeunterricht sollte ein Grundrecht für alle SuS sein und nicht nur denen vorbehalten
13 sein, deren Eltern ihn auch finanzieren können. Dabei kann ein Nachhilfeunterricht, welcher
14 sich über mehrere Wochen, oder Monate erstreckt bereits mittelständische Haushalte vor
15 Finanzielle Probleme stellen. Bildung sollte nicht von den Finanziellen Möglichkeiten der
16 Eltern abhängen und frei zugänglich für alle sein.

17

18

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: B11

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, Juso Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung in Nordhessen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2
3 „Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für eine Außenstelle der Landeszentrale
4 für politische Bildung in Nordhessen einzusetzen“

5

6 **Begründung:**

7 Erfolgt mündlich.

8

9

10

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F1

Antragsteller*in: Unterbezirk Fulda

Adressat: UBK, BeKo, LaKo, BuKo, UBPT, BePT, LPT, BuPT,
Bundestagsfraktion

Betr.: Streichung der staatlichen Finanzierung der AfD

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Dass einzelne Mitglieder, aber auch ganze Landesverbände und hohe Funktionär*innen der AfD
4 verfassungsfeindliche und rechtsextremistische Ziele verfolgen und somit auf die Abschaffung
5 der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hinwirken, wird im öffentlichen Auftreten der
6 Partei deutlich sichtbar. Es ist darüber hinaus aber auch durch die Berichte und Einschätzungen
7 der Verfassungsschutzämter auf Landes- und Bundesebene belegt.

8
9 Die Möglichkeiten der wehrhaften Demokratie müssen daher gegen die AfD genutzt werden,
10 bevor diese die Möglichkeit erhält, in Regierungsverantwortung zu gelangen.

11
12 Ein Verbotsverfahren gegenüber der AfD ist langwierig und stößt aktuell auf politischen
13 Widerstand. Daher sollten auch andere Wege genutzt werden, um verfassungsfeindliche Parteien
14 zu bekämpfen. Der Partei „Die Heimat“ (ehemalig NPD) wurde durch ein Urteil des
15 Bundesverfassungsgerichts die staatliche Parteienfinanzierung für sechs Jahre entzogen.

16
17 Nach diesem Vorbild wird geprüft, ob es möglich und realistisch ist, der AfD die staatliche
18 Finanzierung zu entziehen. Erscheint es realistisch, wird ein solches Verfahren beim
19 Bundesverfassungsgericht durch den Bundestag beantragt.

20
21
22 **Begründung:**

23
24 Erfolgt mündlich.

- 25
26
27
28 angenommen
29 abgelehnt
30 überwiesen an
31

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F2

Antragsteller*in: Unterbezirk Fulda

Adressat: UBK, BeKo, BuKo, UBPT, BePT, BuPT,
Bundestagsfraktion

Betr.: Portemonnaies leichter machen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Seit einigen Jahren kostet es Geld, Kleingeld bei Banken zu wechseln. Das ist insbesondere
4 deshalb ärgerlich, weil man Kleingeld fast nie freiwillig bekommt, sondern aufgrund von
5 absichtlich ungeraden Preisen (wie z.B. 9,99€), die Produkte billiger erscheinen lassen sollen, als
6 sie wirklich sind, bei Einkäufen selten auf gerade Summen kommt.

7

8 Es werden Maßnahmen mit dem Ziel getroffen, die Bargeldabgabe bei Banken auch für Kleingeld
9 wieder kostenlos zu machen. Auch wird geprüft, inwiefern durch politische Maßnahmen
10 verhindert werden kann, dass Produkte
11 mit absichtlich ungeraden Summen, wie z.B. 9,99€, bepreist werden.

12

13

14 **Begründung:**

15

16 Erfolgt mündlich.

17

18

19

20 angenommen

21 abgelehnt

22 überwiesen an

23

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F3

Antragsteller*in: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Landeskongress der Jusos Hessen, Bezirksparteitag SPD-Hessen Nord, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Kommunen finanziell stärken!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die hessischen Landkreise und Kommunen befinden sich in einer massiven finanziellen
4 Notlage. Insbesondere ländlich geprägte Kommunen und Landkreise sind auf den Hund
5 gekommen. Die laufenden Kosten fressen größtenteils den Haushalt auf – für Investitionen in
6 die Infrastruktur fehlt einfach das Geld. Daraus ergibt sich faktisch bei jeder Haushaltsaufstellung
7 eine Flickschusterei. Ehrenamtliche Politiker*innen müssen jährlich in den Kommunen die
8 Investitionen priorisieren, die dringend notwendig getätigt werden müssen. Oft müssen
9 Kommunen größere Investitionen über Jahre gegenfinanzieren. Beispielsweise müssen viele
10 Feuerwehrgerätehäuser saniert oder neu gebaut werden. Gegen sichere Bedingungen für die
11 vielen Ehrenamtlichen im Einsatz lässt sich sicherlich nichts sagen. Dennoch lässt das Land
12 Hessen die Kommunen im Regen stehen. Das Land Hessen fördert ein niedrig zweistelliges
13 Prozent der Gesamtkosten und lässt dadurch Kommunen finanziell ausbluten. Der
14 Investitionsstau in den Kommunen nimmt unweigerlich zu, die daraus resultierenden
15 Lebensverhältnisse für Bürger*innen sind sicherlich nicht auf dem Niveau, welches
16 Bürger*innen in urbanen Gebieten genießen können.

17
18 An dieser Stelle muss das Land Hessen endlich Verantwortung übernehmen!

19
20 Infrastrukturkosten sind in ländlichen Gebieten deutlich höher im Vergleich zu urbanen
21 Gebieten. Bei der Wasserversorgung müssen im ländlichen Raum deutlich längere Leitungen
22 gelegt werden, um alle Einwohner*innen zu versorgen. Im Vergleich zu urbanen Gebieten ergibt
23 sich eine einfache Rechnung: Mehr Wasserleitung mit weniger Anschlüssen = höhere Kosten
24 pro Kopf. Diese Systematik lässt sich auf die Abwasserversorgung und insbesondere auf
25 kommunale Straßen ummünzen. Auf der einen Seite stehen überproportionale
26 Infrastrukturkosten für Kommunen im ländlichen Raum. Auf der anderen Seite steht eine
27 unterproportionale Finanzierung dieser Kommunen durch das Land Hessen. Dieser Status Quo
28 herrscht vor, seitdem die hessische Landesregierung von der CDU geführt wird- sprich seit 25
29 Jahren!

30
31 Seit 25 Jahren befinden sich die Kommunen im ländlichen Raum im Überlebenskampf. Eine
32 massive geringere Finanzierung des Landes Hessens pro Kopf, bei steigenden Kosten für die
33 Instandhaltung und Instandsetzung der Infrastruktur. Daraus ergeben sich schlechtere
34 Lebensbedingungen und Standortfaktoren in den ländlichen Kommunen. Menschen zieht es in
35 der Regel dorthin, wo sie bessere Lebensbedingungen vorfinden – in die Städte! Dem
36 ländlichen Raum wird seine Zukunft geraubt!

37
38 Die Landkreise befinden sich in einer ähnlichen Situation. Sie nehmen hoheitliche Aufgaben
39 von Bund und Land wahr und bekommen für die Erfüllung dieser Aufgaben Geld. Dieses Geld

40 deckt jedoch nicht die Ausgaben. Die Landkreise erheben von den Kommunen eine Kreis- und
41 Schulumlage. Dieses Geld sollte die Landkreise in die Situation versetzen, die übertragenen
42 hoheitlichen Aufgaben zu erfüllen und die Kreisstraßen und Schulgebäude in Schuss zu halten.
43 Dennoch befinden sich die Landkreise in einer gefährlichen finanziellen Schieflage, da sie von
44 Seiten des Landes chronisch unterfinanziert sind. Die Haushalte der Landkreise in Hessen sind
45 überwiegend defizitär, die eigenen Rücklagen der Landkreise sind aufgebraucht. Daraus ergibt
46 sich folgende Situation für das Land Hessen: Entweder werden die Landkreise durch Geld des
47 Landes unterstützt, oder die Landkreise erhöhen die Kreis- oder Schulumlage, die die
48 Kommunen zu entrichten haben. Das Land Hessen entscheidet sich für die zweite Variante und
49 lässt Landkreise und Kommunen im Stich!

50
51 Das Land Hessen wälzt die politische Verantwortung einer jahrzehnter langer Unterfinanzierung
52 ländlicher Kommunen und Landkreise, auf den Rücken der vielen Ehrenamtlichen in den
53 kommunalen Parlamenten ab! Diese sollen, um eine höhere Kreis- und Schulumlage zu
54 finanzieren, die Steuerlast in den Kommunen anheben. Das ist ein rücksichtsloses Handeln
55 sondergleichen!

56
57 Wir stehen für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land und für die kommunale
58 Selbstverwaltung ein. Wir fordern das Land Hessen auf, die chronische Unterfinanzierung der
59 Kommunen und Landkreise zu stoppen! Denn dieses rücksichtslose Handeln hat ernste
60 Konsequenzen im ländlichen Raum - nicht ohne Grund ist die AfD im ländlichen Raum so stark!

61
62

63 **Begründung:**

64
65

Erfolgt mündlich.

66
67

68
69

angenommen

70
71

abgelehnt

72

überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F4

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagfraktion

Betr.: Internet ist kein Luxusprodukt!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der
4 ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7% auf die Bereitstellung und den Betrieb von Breitband-
5 Internetanschlüssen sowie den häufig damit verbundenen Festnetztelefonanschlüssen an
6 den Endverbraucher Anwendung findet. Die Ermäßigung soll unabhängig von der
7 bereitgestellten Bandbreite, sowie der hierfür verwendeten Übertragungstechnologie sein.
8 Diese Steuersenkung soll ohne Befristung im § 12 Steuersätze im Umsatzsteuergesetz
9 (UstG) verankert werden.

10

11 **Begründung:**

12 Inklusion und Soziale Teilhabe: Eine Senkung hat positive Auswirkungen auf die
13 soziale und gesellschaftliche Dimension. Zum einen fördert sie die digitale Inklusion,
14 indem sie den Zugang zum Internet für einkommensschwache Haushalte
15 erschwinglicher macht und somit eine breitere digitale Teilhabe ermöglicht. Zum
16 anderen stärkt sie die soziale Interaktion und Partizipation, indem sie einen
17 kostengünstigeren Zugang zu sozialen Netzwerken, Online-Communities, kulturellen
18 Aktivitäten und Informationsquellen ermöglicht. Dies fördert den Austausch von
19 Ideen, den Zugang zu vielfältigen Perspektiven und die Stärkung des sozialen
20 Zusammenhalts über alle Bevölkerungsschichten hinweg.

21 Bildungschancen: Mit einem kostengünstigeren Zugang zum Internet haben
22 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, auf Online-Lernressourcen zuzugreifen,

23 ihre Kenntnisse zu erweitern und ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Gleichzeitig haben
24 auch Lehrkräfte die Möglichkeit, digitale Lehrmaterialien und innovative
25 Lernmethoden zu nutzen. Somit wird die Chancengleichheit im Bildungssystem
26 erhöht.

27 Förderung der digitalen Infrastruktur: Die Bereitstellung von Breitband-
28 Internetdienstleistungen ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung einer
29 modernen und zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur. Durch eine Senkung des
30 Steuersatzes würden Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung von DSL –
31 und Glasfasernetzen gefördert, um die flächendeckende Verfügbarkeit zeitgemäßer
32 Internetverbindungen zu gewährleisten.

33 Gesundheitsversorgung: Telemedizinische Anwendungen ermöglichen z.B. die
34 Fernkonsultation mit Ärzten und den Zugang zu medizinischen Informationen. Eine
35 bezahlbare, schnelle und zuverlässige Internetverbindung, die durch den Ausbau der
36 Breitbandinfrastruktur gefördert wird, verbessert die Qualität und den Zugang zu
37 medizinischen Diensten, insbesondere im ländlichen Raum, in dem die physische
38 Arztpräsenz begrenzt ist.

39 Digitale Teilhabe ist im Jahr 2023 kein Luxusgut, sie ist Teil der Grundversorgung!

40

41

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F5

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagfraktion

Betr.: Strom ist kein Luxusproblem!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der ermäßigte
4 Umsatzsteuersatz von 7% auf die Belieferung von Strom an den Endverbraucher Anwendung
5 findet. Diese Steuersenkung soll ohne Befristung im § 12 Steuersätze im Umsatzsteuergesetz
6 (UstG) verankert werden.

7
8 **Begründung:**

9
10 Entlastung der Verbraucher: Eine Senkung des Steuersatzes auf Strom wird zu einer
11 erheblichen Entlastung der Endverbraucher führen. Die Energiekosten machen für viele
12 Haushalte einen beträchtlichen Teil der monatlichen Ausgaben aus. Eine Reduzierung wird die
13 finanzielle Belastung spürbar verringern.

14 Förderung der Energiewende: Der ermäßigte Steuersatz auf Strom wird die Nutzung
15 erneuerbarer Energien und den Ausbau der Energiewende vorantreiben. Durch eine attraktivere
16 Preisgestaltung werden mehr Verbraucher dazu ermutigt, auf nachhaltige Stromquellen
17 umzusteigen und ihren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Ebenso fördert sie die
18 Attraktivität von strombetriebenen Heizungssystemen (z.B. Wärmepumpen), da diese nur in
19 Ausnahmefällen zu 100% durch selbst erzeugten Strom betrieben werden können.

20 Soziale Gerechtigkeit: Der aktuelle Steuersatz auf Strom wirkt sich besonders stark auf
21 einkommensschwache Haushalte aus, die einen prozentual größeren Teil ihres Einkommens für
22 Energieausgaben aufbringen müssen. Der ermäßigte Steuersatz führt zu einer sozial
23 gerechteren Verteilung der Lasten.

24 Positive gesamtwirtschaftliche Effekte: Ein niedrigerer Strompreis steigert die
25 Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Kontext, erhöht die
26 Attraktivität zur Ansiedlung neuer Unternehmen und fördert ein ganzheitliches
27 Wirtschaftswachstum.

28 Strom ist kein Luxusgut, Strom gehört zum Grundbedarf!

- 29
30 angenommen
31 abgelehnt
32 überwiesen an

33

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F6

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion, Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

Betr.: Abschaffung der Tagessätze in Frauenhäusern durch eine ausreichende Finanzierung

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Foderung: Abschaffung der Tagessätze in Frauenhäusern durch eine ausreichende
4 Finanzierung

5

6

7

Begründung:

8

9 Oft sind Frauenhäuser in Deutschland mit den anfallenden Personal- und Unterbringungskosten
10 überfordert. Nicht selten werden diese dann auf ihre Bewohner:innen abgewälzt, was für
11 Frauen eine hohe finanzielle Belastung darstellt und sie im schlimmsten Fall wieder zurück in
12 die Hände der Täter treibt. Der Staat darf sich nicht länger auf Kosten von Opfern häuslicher
13 Gewalt aus der Verantwortung ziehen und hat die Pflicht eine in der Art ausreichende
14 Finanzierung für Frauenhäuser sicher zu stellen, dass Tagessätze in Zukunft der Vergangenheit
15 angehören.

16

17

18

19 angenommen

20 abgelehnt

21 überwiesen an

22

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F7

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion, Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

Betr.: Sicherstellung zur Kostenübernahme durch Krankenkassen von geschlechtsangleichenden Maßnahmen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Forderung: Wie fordern eine Sicherstellung zur Kostenübernahme von
4 geschlechtsangleichenden Maßnahmen wie Haarentfernungen, Stimmtherapien und ästhetische
5 Eingriffen.

6
7 **Begründung:**

8
9 Erfolgt mündlich

10
11
12
13
14
15
16

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F8

Antragsteller*in: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Soforthilfe für Geburtsstationen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2
3

4 Die Gewährung kurzfristiger Finanzhilfen für besonders betroffene Krankenhäuser, um eine
5 Schließung zu verhindern, ist unerlässlich. Wir fordern daher die Bewilligung von Soforthilfen
6 speziell für Geburtshilfestationen, um die Gesundheitsversorgung von Schwangeren und Müttern
7 sicherzustellen, noch bevor die Krankenhausreform umgesetzt wird.
8
9

10 **Begründung:**
11

12 Anzahl der Geburtsstationen und Kreißsäle geht in Deutschland in den letzten Jahren stetig
13 zurück. Laut einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes wurden zwischen 1991
14 und 2015 insgesamt 477 geburtshilfliche Einrichtungen geschlossen. Darüber hinaus hat sich die
15 Anzahl der Krankenhäuser in Deutschland, in denen Entbindungen durchgeführt werden, seitdem
16 Jahr 1991 um ca. 43 Prozent reduziert.
17

18 Betroffene Frauen immer weitere Wege in Kauf nehmen müssen, um ein Krankenhaus mit einer
19 geöffneten Geburtshilfe zu finden. Gerade für Schwangere und junge Mütter ist eine gute
20 medizinische Versorgung in der Nähe jedoch besonders wichtig. Auch in Hessen sind wir von
21 diesem Problem betroffen. Ende 2022 musste die Geburtsstation in Dillenburg schließen, Ende
22 2023 folgte die Gynäkologie aufgrund von Personalmangel. Bis zur Jahresmitte wird auch die
23 Geburtsstation in Hünfeld (Fulda)
24 schließen müssen.
25

26 Um eine weitere Verschlechterung der Situation zu verhindern, benötigen gefährdete
27 Geburtshilfestationen kurzfristige Finanzhilfen. Nur so kann die Schließung zusätzlicher
28 Einrichtungen verhindert und eine flächendeckende Versorgung schwangerer Frauen
29 gewährleistet werden
30

- 31
32 angenommen
33 abgelehnt
34 überwiesen an
35

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F9

Antragsteller*in: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: JUSO-Landeskonferenz, JUSO-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso Bezirkskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag

Betr.: Mindestlohn – Aber richtig!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Der Mindestlohn muss auf ein angemessenes Niveau steigen und kontinuierlich an die
4 wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden und für die lückenlose Umsetzung müssen
5 ergänzend auch nach Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gute Tarifverträge der
6 Standard und dementsprechend die Tarifbindung gestärkt werden. Die Ableistung von
7 unbezahlten Überstunden ist außerdem zu unterbinden. Entsprechende Kontrollen müssen
8 verstärkt werden. Ausnahmen vom Mindestlohn wie z.B. bei Praktikant*innen, Menschen mit
9 Behinderungen, Jugendlichen unter 18 und Langzeitarbeitslosen sind abzuschaffen.. Notwendig
10 für die Überprüfung der Einhaltung des Mindestlohnes ist es, mehr Personal bei den
11 kontrollierenden Behörden anzustellen. Eine ausreichende bundesweite Überprüfung ist aktuell
12 nicht möglich. Außerdem müssen die Dokumentationspflichten ausgebaut werden. Sollen
13 Arbeitgeber*innen verpflichtet sein, Arbeitszeiten aller Mitarbeiter mit genauen Zeiten zu
14 erfassen.

15
16
17 **Begründung:**

18
19 Der Mindestlohn ist unsere Chance für die Aufwertung von Arbeit und Arbeitsleistung in unserer
20 Gesellschaft und zur Stärkung der Wirtschaft über den Konsum. Neben der notwendigen
21 Erhöhung des Mindestlohnes auf über 14 Euro, um ein würdevolles Leben zuermöglichen
22 (§1GG), ist ebenso auf die Umsetzung dieser gesetzlichen Regelung zu achten und sind ihre
23 Umgehung sowie Ausnahmen von ihr gesetzlich zu verhindern.

24
25 Es muss mehr Ansprechpartner*innen in Unternehmen und bessere Vernetzung von
26 Angestellten und Gewerkschaften geben (am besten mehr Mitgliedschaften). Neben der
27 sinnvollen gesetzlichen Regelung, dass der Mindestlohn auch rückwirkend eingeklagt
28 werden kann und eine Entlassung aufgrund der Forderung des Mindestlohnes erschwert ist,
29 müssen Arbeitnehmer*innen jedoch mehr vor wahrscheinlichem Druck durch die
30 Arbeitgeber*innen geschützt werden. Grundsätzlich muss die Verhandlungsposition von
31 Arbeitnehmer*innen verbessert werden. Da sich Arbeitgeber*in und Arbeitnehmer*in
32 grundsätzlich in einem Machtgefälle zugunsten der Erstgenannten befinden, ist die
33 Sicherstellung der Umsetzung des Mindestlohnes zwingend notwendig. Unsere Solidarität
34 gilt immer zuerst den Schwächeren. Trotz der festgelegten Strafen für die Nichtzahlung
35 wird er teilweise erfolgreich umgangen. Zum Beispiel kann beim Mindestlohn die vorher
36 erbrachte Arbeitsleistung durch die Arbeitgeber*in in eine niedrigere Stundenzahl gepresst
37 werden. Dadurch wird am Ende genauso viel wie vorher gezahlt, doch die Arbeitnehmer*in ist
38 physisch und psychisch stärker belastet. Für die Zeitungsausträger*in gilt beispielsweise der
39 Stücklohn, wobei nicht pro Stunde, sondern pro ausgetragene Zeitung bezahlt wird.

40
41 Quelle: <https://www.dgb.de/themen/+++co++3aece644-043c-11e9-b0b2-52540088cada>

42 (eingesehen am 01.03.2024).

43

44

45

46 angenommen

47 abgelehnt

48 überwiesen an

49

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: F10

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagfraktion

Betr.: Mobilfunk ist kein Luxusprodukt!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2 Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der
3 ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7% auf die Bereitstellung und den Betrieb von öffentlichen
4 zellularen Mobilfunkdiensten sowie mobilen Breitbanddiensten Anwendung findet. Die
5 Ermäßigung soll unabhängig von Vertragsmodellen, der bereitgestellten Bandbreite, sowie
6 der hierfür verwendeten Übertragungstechnologie sein. Diese Steuersenkung soll ohne
7 Befristung im § 12 Steuersätze im Umsatzsteuergesetz (UstG) verankert werden.

8

9 **Begründung:**

10 Inklusion und Soziale Teilhabe: Eine Senkung hat positive Auswirkungen auf die soziale und
11 gesellschaftliche Dimension. Zum einen fördert sie die digitale Inklusion, indem sie den
12 Zugang zum mobilen Internet für einkommensschwache Haushalte erschwinglicher macht
13 und somit eine breitere digitale Teilhabe ermöglicht. Zum anderen stärkt sie die soziale
14 Interaktion und Partizipation, indem sie einen kostengünstigeren Zugang zu sozialen
15 Netzwerken, Online-Communities, kulturellen Aktivitäten und Informationsquellen ermöglicht.
16 Dies fördert den Austausch von Ideen, den Zugang zu vielfältigen Perspektiven und die
17 Stärkung des sozialen Zusammenhalts über alle Bevölkerungsschichten hinweg.

18 Bildungschancen: Mit einem kostengünstigeren Zugang zum mobilen Internet haben
19 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, auf Online-Lernressourcen zuzugreifen, ihre
20 Kenntnisse zu erweitern und ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Gleichzeitig haben auch
21 Lehrkräfte die Möglichkeit, digitale Lehrmaterialien und innovative Lernmethoden zu nutzen.
22 Somit wird die Chancengleichheit im Bildungssystem erhöht.

23 Förderung der digitalen Infrastruktur: Die Bereitstellung von mobilen Internetdienstleistungen
24 ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung einer modernen und zukunftsfähigen
25 digitalen Infrastruktur. Durch eine Senkung des Steuersatzes würden Investitionen in den
26 Ausbau und die Modernisierung von aktuellen und zukünftigen Übertragungsstandards
27 gefördert, um die flächendeckende Verfügbarkeit zeitgemäßer Mobilfunkverbindungen zu
28 gewährleisten.

29 Digitale Teilhabe ist im Jahr 2023 kein Luxusgut, sie ist Teil der Grundversorgung!

30

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: IP1

Antragsteller*in: Unterbezirk Fulda

Adressat: UBK, BeKo, LaKo, BuKo, UBPT, BePT, LPT, BuPT,
Bundestagsfraktion, SPD-MdEPs

Betr.: Russische Vermögenswerte an die Ukraine übergeben

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die Sachschäden, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bereits jetzt verursacht hat und
4 die er, solange er anhält, weiterhin verursachen wird, sind enorm. Der Wiederaufbau der Ukraine
5 benötigt daher einen massiven, ständig weiter steigenden finanziellen Aufwand, den die Weltbank
6 bereits im März 2023 für einen Zeitraum von zehn Jahren auf umgerechnet ca. 383 Milliarden
7 Euro eingeschätzt hat.

8
9 Um solche Summen aufbringen zu können braucht es die Solidarität aller verbündeten Staaten
10 der Ukraine, es ist darüber hinaus aber auch nur gerecht, wenn zudem Russland dazu
11 gezwungen wird, Reparationen für die selbst verschuldeten Kriegsschäden in der Ukraine zu
12 zahlen.

13
14 Seit Beginn des russischen Angriffskrieges hat die EU zahlreiche Privatvermögen russischer
15 Oligarchen im Wert von über 20 Milliarden Euro sowie russische Zentralbankguthaben im Wert
16 von über 200 Milliarden Euro allein innerhalb der EU eingefroren.

17
18 Wir fordern, dass sämtliche russischen Vermögenswerte, die innerhalb der EU blockiert werden,
19 in vollem Umfang an die Ukraine übergeben werden, um mit ihnen einen Teil des Wiederaufbaus
20 des Landes zu finanzieren. Falls nötig, wird für diesen Schritt der entsprechende rechtliche
21 Rahmen geschaffen bzw. wird in der Sondersituation, die sich hier durch den Krieg auf
22 europäischem Boden ergibt, in Kauf genommen, rechtliche Grauzonen auszunutzen.

23
24
25 **Begründung:**

26
27 Erfolgt mündlich.

- 28
29
30
31 angenommen
32 abgelehnt
33 überwiesen an

34

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: O1

Antragsteller*in: Bezirksvorstand

Adressat: Jusos Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Betr.: Einheitliche Awareness Konzepte in der Partei

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Bei Juso Veranstaltungen ist es oft schon Standard: Am Anfang werden Personen vorgestellt,
4 die für Awareness verantwortlich sind. Anders sieht es bisher jedoch in der Partei aus.
5 Deswegen soll in einem ersten Schritt

- 6 • ein parteiweites Awareness Konzept erstellt werden. Dieses Konzept soll in den
7 Unterbezirken als Mindeststandard eingeführt werden. Dieses Konzept soll einen
8 Leitfadens darstellen, wie bei Veranstaltungen auf Awareness geachtet werden kann.
9 Auch im Nachgang zu Parteiveranstaltungen sollen Ansprechpersonen benannt werden,
10 die eventuelle Probleme auch im Nachgang thematisieren können.
- 11 • In den Bezirken setzen wir uns für Ombuds-Kommissionen ein, die bei Problemen
12 vermitteln können, und die bei Problemen eine vermittelnde sowie eingreifende Position
13 einnehmen können.
- 14 • Für Mitarbeiter*innen, insbesondere die Geschäftsführer*innen der Bezirke und
15 Unterbezirke sollen Fortbildungen und Austauschmöglichkeiten geschaffen werden, um
16 die Mitarbeiter*innen zu ermächtigen, Probleme zu erkennen und eingreifen zu können.

17
18
19 **Begründung:**

20
21 Für den Großteil der Mitglieder ist die Arbeit für die Partei ehrenamtlich, und damit ein Zusatz zu
22 bereits bestehenden Verantwortungen in der Familie, Beruf, Ausbildung, Schule oder Studium.
23 Gerade weil es deswegen eine erhöhte Belastung ist, müssen wir für die Zukunft sicherstellen,
24 dass sich alle Menschen in der Partei sicher und wohl fühlen. Awareness Konzepte können ein
25 Schritt in die richtige Richtung sein.

26 Wo Menschen sich einsetzen kommt es jedoch leider auch zu missbrauch, oder zur
27 Wiedergabe bestehender gesellschaftlicher Probleme und Machtstrukturen. Es ist deswegen
28 wichtig, Strukturen zu schaffen, die nach außen deutlich kommuniziert werden, und
29 Ansprechpersonen zu benennen.

- 30
31
32
33 angenommen
34 abgelehnt
35 überwiesen an

36

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: O2

Antragsteller*in: Unterbezirk Fulda

Adressat: UBK, BeKo, LaKo, BuKo, BePT, LPT, BuPT,
Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion

Betr.: Endlich Zähne zeigen! AfD-Hetze in Parlamenten
konsequent bekämpfen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die parlamentarische Arbeit der AfD zielt klar auf Provokation und eine Ausreizung der
4 Grenzen, die durch die Geschäftsordnungen der Parlamente und allgemeine Rechtsnormen
5 gegeben sind, ab. In keinem relevanten Parlament, in dem die AfD vertreten ist, wird eine
6 andere Fraktion ähnlich oft mit Ordnungsmaßnahmen belegt, weshalb eine Verschärfung der
7 Geschäftsordnungen der Parlamente vor allem die AfD treffen und sie in ihren Möglichkeiten,
8 die Arbeit der Parlamente zu stören und lächerlich zu machen, beschränken würde.

9

10 Sämtliche SPD-Fraktionen in Parlamenten auf Organisationsebenen der Partei, die diesen
11 Antrag beschlossen haben, setzen sich dafür ein, die Geschäftsordnung ihres jeweiligen
12 Parlaments zu ändern und ggf. neue Absprachen in den jeweiligen Ältestenräten zu treffen.
13 Störungen, Beleidigungen sowie rassistische und allgemein unparlamentarische Äußerungen
14 sollen in Zukunft ohne Verwarnung und konsequenter als bisher mit Ordnungsrufen oder Rügen
15 belegt werden und die Konsequenzen für letztere Maßnahmen sollen verschärft werden.

16

17 **Begründung:**

18

19 Erfolgt mündlich.

20

21

22

23 angenommen

24 abgelehnt

25 überwiesen an

26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: O3

Antragsteller*in: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz

Betr.: Mehr Fahrtgeld bei Fahrgemeinschaften

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Jusos fahren häufig gemeinsam zu Parteiveranstaltungen und bilden somit
4 Fahrgemeinschaften. Dies ist nicht nur gut für die Umwelt, sondern stärkt auch die Juso-
5 Gemeinschaft. Dennoch sollte diese Tat auch finanzielle Anreize bieten. Daher sollte bei jeder
6 weiteren mitfahrenden Person zusätzlich 0,02 Euro erstattet werden.

7

8

9

10 **Begründung:**

11

12 Erfolgt mündlich.

13

14

15

16 angenommen

17 abgelehnt

18 überwiesen an

19

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: O4

Antragsteller*in: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz

Betr.: Projekt GPT-Antragsgenerator: Damit Anträge schneller verfasst sind als Kaffee gekocht!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Der Vorstand möge prüfen, inwieweit die Einführung eines eigenen GPT zur Antragserstellung
4 im Verband sinnvoll ist. Bei positiver Bewertung sollen die notwendigen Schritte für die
5 Umsetzung eingeleitet werden

6
7
8 **Begründung:**

- 9
- 10 1. Effizienzsteigerung: Ein GPT kann Anträge schnell und präzise formulieren, wodurch der
11 gesamte Prozess der Antragserstellung beschleunigt wird.
 - 12
 - 13 2. Ressourcenersparnis: Durch die Automatisierung simpler Anträge könnten
14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Zeit auf komplexere Aufgaben fokussieren.
 - 15
 - 16 3. Qualitätsverbesserung: Die KI kann zur Sicherstellung von Konsistenz und hoher Qualität
17 in den erstellten Anträgen beitragen.

- 18
19
20
21
22
- 23 angenommen
 - 24 abgelehnt
 - 25 überwiesen an
- 26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: O5

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso
Landeskonferenz Hessen, SPD-Unterbezirksparteitag
Kassel- Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD
Landesparteitag Hessen

Betr.: Rotes Netz 2.0

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD Hessen soll eine Nachfolge für das Rote Netz bereitstellen. Wir fordern ein Intranet,
4 auf das alle Mitglieder der jeweiligen Gliederungen Zugriff haben, dort soll es die Möglichkeit
5 gegen Anträge, Satzungen und Informationen gesammelt, gespeichert, organisiert und
6 abgerufen werden können.

7 Ebenso soll dies eine Möglichkeit für ein gemeinsamen Digitalen Kalender beinhalten.

8 Bei der Konzeptionierung des Roten Netz 2.0 sollen aktive Nutzer*innen beratend
9 hinzugezogen werden.

10

11 **Begründung:**

12 Erfolgt mündlich.

13

14

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: O6
Antragssteller*in: Bezirksvorstand
Adressat: SPD Hessen-Nord Bezirksvorstand
Betr.: SPD Hessen-Nord fit für die Zukunft machen!

- 1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
- 2 Die letzte Landtagswahl für die SPD Hessen-Nord eine Zäsur. Erstmals konnte kein einziges
3 Direktmandat durch die Direktkandidat*innen geholt werden. Dies führt zu einer
4 fundamentalen Schwächung der SPD Hessen-Nord.
- 5 Die SPD Hessen-Nord ist die Partei, die in der Region und darüber hinaus gestaltet. Als
6 mitgliederstärkste Partei ist es unser oberstes Ziel, weiterhin treibende Kraft in der Region
7 zu bleiben. Doch die Gegebenheiten sind nicht mehr dieselben wie noch vor zehn Jahren.
8 Dies merken die Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirke und vor allem die
9 Mitglieder in ihrer täglichen Arbeit. Daher braucht es einen Aufbruch und eine inhaltliche und
10 organisatorische Neuaufstellung der Partei.
- 11 Die Jusos stehen kritisch-solidarisch zur SPD. Diese Haltung prägt uns seit mehr als 50
12 Jahren. Im Schweriner Manifest heißt es: „In dieser Tradition ist es unsere Aufgabe, die
13 Mutterpartei solidarisch bei der Erlangung von gesellschaftlichen Mehrheiten für
14 sozialdemokratische Grundüberzeugungen zu unterstützen.“ Diese Haltung leben wir auch
15 auf Bezirks- und Unterbezirksebene. Mit diesem Antrag wollen die Jusos Hessen-Nord einen
16 Beitrag zur Neuaufstellung der SPD Hessen-Nord leisten.
- 17 **Stärkung der Unterbezirke**
- 18 Die SPD Hessen-Nord ist nur durch ihre Unterbezirke stark. Daher setzen wir Jusos Hessen-
19 Nord uns für den Erhalt der SPD-Geschäftsstellen vor Ort ein. Nur wenn die Mitglieder vor
20 Ort eine*n Ansprechpartner*in haben, ist eine persönliche und angebundene Arbeit vor Ort
21 möglich.
- 22 Die Zusammensetzung des Bezirksvorstands soll ganz Hessen-Nord widerspiegeln. Das
23 oberste Ziel muss immer sein, dass alle Unterbezirke mindestens eine*n Vertreter*in in den
24 Bezirksvorstand entsenden. Die Meinungspluralität innerhalb der SPD kann nur dadurch
25 gebündelt werden. Diese Meinungspluralität aus regionalen Gegebenheiten, Unterschieden
26 und Ansichten macht die Arbeit der SPD Hessen-Nord so stark.
- 27 Die Arbeit der Ortsvereine wirkt in die restlichen SPD Gliederungen hinein und schafft damit
28 Legitimation und Rückkopplung der politischen Entscheidungen. Leider sind die SPD
29 Ortsvereine nicht mehr so kräftig, wie noch zu Zeiten großer Mitgliederstärke. Überalterung
30 und zu viel Verantwortung auf wenigen Schultern sind eines der großen Probleme vieler
31 Ehrenamtlicher. Die Zahl der Ortsvereine in den Unterbezirken sollte deswegen evaluiert,
32 und teilweise reduziert werden, um sicherzustellen, dass alle Ortsvereine auch arbeitsfähig
33 sind.

34 Die SPD Hessen-Nord muss dringend eine wirksame und nachhaltige Nachwuchsförderung
35 etablieren. Ein mögliches Programm wäre ein Mentor*innenprogramm. Dort sollen
36 engagierte und erfahrene Kommunalpolitiker*innen jungen Nachwuchskräften über einen
37 Zeitraum zur Seite stehen und beraten.

38 **Stärkung der Arbeitsgemeinschaften**

39 Es soll ein jährlicher "Tag der Arbeitsgemeinschaften" eingeführt werden, an dem sich die
40 verschiedenen Gruppen treffen, um sich auszutauschen, zu beraten und gemeinsame
41 Anträge zu formulieren. Dieser Tag dient als Plattform für die Vernetzung und den Dialog
42 zwischen den Arbeitsgemeinschaften, um Synergien zu schaffen, gemeinsame Ziele zu
43 identifizieren und effektive Strategien für ihre Umsetzung zu entwickeln.

44 **Listenaufstellung**

45 In unserer täglichen Arbeit möchten wir junge Menschen darauf vorbereiten,
46 Führungspositionen innerhalb der SPD zu übernehmen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass
47 Jusos durch eine gute Listenplatzierung oder Aufstellung in aussichtsreichen Wahlkreisen
48 tatsächlich in die Lage versetzt werden, in Parlamente einzuziehen. Daher streben wir an,
49 dass der SPD Bezirk Hessen-Nord in seinen Kriterien zur Aufstellung von Listen
50 berücksichtigt, dass vom Juso-Bezirksvorstand oder der Juso Bezirkskonferenz nominierte
51 Personen einen Listenplatz unter den ersten zehn Plätzen erhalten. Dies gilt sowohl für die
52 Bundestags- als auch für die Landtagswahl.

53 **Diversität muss sich in Parteistrukturen wiederfinden**

54 In Hessen hat rund ein Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Um diese
55 gesellschaftliche Vielfalt abzubilden, muss Diversität auch in den Führungsgremien der SPD
56 vorhanden sein. Sowohl im Bezirksvorstand als auch bei Listenaufstellungen sollten
57 entsprechend Menschen mit Migrationsgeschichte vertreten sein. Dies würde die
58 Glaubwürdigkeit der SPD erhöhen und neue Perspektiven in die Partei einbringen.

59 **Reform der Parteistrukturen**

60 Innerhalb der SPD gibt es viele Strukturen und Ebenen. Das ist Ausdruck der
61 demokratischen Teilhabe aller Mitglieder der SPD. Gleichzeitig wird es immer schwieriger,
62 auf allen Ebenen eine gute Arbeit und regelmäßige Beteiligung der Mitglieder
63 sicherzustellen. Daher ist es sinnvoll darüber nachzudenken, wie wir unsere Strukturen so
64 reformieren können, dass alle Strukturen der Partei eine funktionierende Arbeit leisten
65 können. Insbesondere die Ortsvereine stehen hier vor besonderen Herausforderungen. Viele
66 Ortsvereine kämpfen mit einem massiven Mitgliederverlust, sodass es mancherorts fast
67 kaum noch möglich ist, einen rechtmäßigen Ortsvereinsvorstand zu wählen. Hier sollte der
68 Bezirk den Ortsvereinen zur Seite stehen und Handlungsoptionen anbieten. In einigen
69 Unterbezirken gibt es schon Strategien, wie Ortsvereine zusammengeführt und die
70 Strukturen zukunftsfest aufgebaut werden können. Hieran sollte der Bezirk mit einer eigenen
71 Strategie anknüpfen, sodass Ortsvereinen eine Leitlinie vorgegeben wird und sie aktiv bei
72 ihrem Erneuerungsprozess unterstützt werden.

73 **Evaluation der Parteistrukturen in Hinsicht auf Awareness**

74 In Strukturen, in denen viele Menschen mitwirken, und in denen es zu Machtgefällen
75 kommen kann, sind auch Missbrauchsfälle und Diskriminierung nicht auszuschließen. Es ist
76 uns deswegen wichtig, die Möglichkeit zu schaffen, Probleme direkt anzusprechen.

77 Jedes Mitglied der Partei soll sich auf Veranstaltungen und in der täglichen Arbeit in der
78 Partei sicher fühlen. Dafür müssen wir Awareness Strukturen und Ansprechpersonen

79 schaffen, so dass allen der Weg zur Teilnahme offen steht. Im Bezirk Hessen-Nord soll eine
80 Ombuds-Kommissionen eingesetzt werden, die bei Problemen vermitteln kann, und die bei
81 Problemen eine vermittelnde sowie eingreifende Position einnehmen kann.

82 Für Mitarbeiter*innen der SPD Hessen-Nord, insbesondere die Geschäftsführer*innen des
83 Bezirks und der Unterbezirke sollen Fortbildungen und Austauschmöglichkeiten geschaffen
84 werden, um die Mitarbeiter*innen zu ermächtigen, Probleme zu erkennen und eingreifen zu
85 können.

86 In der SPD Hessen-Nord sollen deswegen die bestehenden Strukturen auch in Hinblick auf
87 diese Aspekte geprüft werden. Dabei sollen die Mitglieder auch durch Vorschläge beteiligt
88 werden: Wir alle wollen in der SPD aktiv mitwirken und es müssen Möglichkeiten geschaffen
89 werden, dies auch in einem geschützten Rahmen zu tun.

90 **Parteitage**

91 Die Antragsprüfungskommission soll nur noch eine formelle und explizit keine inhaltliche
92 Prüfung der Anträge für Parteitage vornehmen. Die derzeitige Praxis, in der die Kommission
93 den Delegierten Vorgaben macht, steht einer offenen und demokratischen Diskussionskultur
94 im Weg. Durch die deutliche Eingrenzung der Arbeit der APK würde der Weg für eine
95 direktere Beteiligung der Parteimitglieder an Entscheidungsprozessen geebnet, indem
96 Anträge unmittelbar und ohne vorherige Filterung durch eine übergeordnete Instanz zur
97 Diskussion gestellt werden.

98 Um die Bedeutung und den Wert von Parteitagen als Plattform für die Diskussion und
99 Weiterentwicklung von Anträgen zu revitalisieren, ist es essentiell, dass Grußworte durch
100 Impulsvorträge mit einem klaren inhaltlichen Schwerpunkt ersetzt werden. Diese
101 Neuausrichtung ermöglicht es, tiefgehende und thematisch fokussierte Debatten
102 anzustoßen, die die Basis für eine konstruktive und zielgerichtete Auseinandersetzung mit
103 den vorgelegten Anträgen bilden.

104 **Öffentlicher Auftritt**

105 Als SPD haben wir oft die Erfahrung gemacht, dass wir in Regierungsverantwortung einige
106 Erfolge erzielt haben, davon aber in der Öffentlichkeit wenig angekommen ist. Daher müssen
107 wir unsere Kommunikation nach innen und nach außen ausbauen und professionalisieren.
108 Darüber hinaus sollte der Bezirk, in Zusammenarbeit mit den Unterbezirken, eine
109 Handreichung für die Modernisierung und Vereinheitlichung von Internetseiten erarbeiten.

110 Eine Handreichung mit Veranstaltungsideen für Unterbezirke und Ortsvereine sollte
111 erarbeitet werden und allen UB-Geschäftsstellen und Ortsvereinsvorständen zur Verfügung
112 stehen. Dort sollen Hinweise, Vorbereitungschecklisten und nützliche Informationen zu
113 finden sein, die bei der Durchführung einer neuen, kreativen und öffentlichkeitswirksamen
114 Veranstaltung unterstützen.

115 **Langfristiges Arbeitsprogramm des SPD-Bezirks Hessen-Nord**

116 Alle Ideen zum Erneuerungsprozess des SPD-Bezirks Hessen-Nord sollten in einem
117 Arbeitsprogramm oder einer Strategie festgehalten werden. Dieses Arbeitsprogramm sollte
118 eine längerfristige Perspektive haben, zum Beispiel: "Die Nordhessenpartei in 2030". Der
119 Erneuerungsprozess soll damit konsequent durch den Bezirksvorstand umgesetzt werden.

120 **Begründung:**

121 Angesichts der alarmierenden Zunahme an Hunden und Katzen, die jährlich Tierheime zu
122 überfluten drohen, ohne dass genügend Kapazitäten für ihre Aufnahme vorhanden sind, wird
123 die Dringlichkeit einer umfassenden Strategie zur Bewältigung dieser Krise offensichtlich.

124 Tierheime stoßen an ihre Grenzen, nicht nur in Bezug auf den verfügbaren Platz, sondern
125 auch hinsichtlich der finanziellen und personellen Ressourcen, die erforderlich sind, um
126 angemessene medizinische Versorgung und Betreuung zu gewährleisten. Die Situation wird
127 weiter durch die Zunahme an kranken Welpen aus illegalem Handel und Hunden mit
128 Verhaltensproblemen aus unseriösen Zuchtverhältnissen verschärft. Die Einführung
129 strikterer Gesetze gegen den illegalen Handel und die Kennzeichnung sowie Registrierung
130 aller Hunde sind essenzielle Schritte zur Nachverfolgung und Eindämmung dieser Praktiken.
131 Zudem ist die konsequente Durchsetzung bestehender Verbote gegen Qualzucht und die
132 unkontrollierte Vermehrung von Hunden vonnöten. Lokale Behörden müssen gestärkt
133 werden, um Tierschutzgesetze effektiv umzusetzen und die Lage in den Tierheimen zu
134 verbessern. Ein Anreizsystem für die Adoption älterer Tiere könnte zudem einen
135 wesentlichen Beitrag leisten, um Tierheime zu entlasten und diesen Tieren ein liebevolles
136 Zuhause zu geben.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: RI1

Antragsteller*in: Bezirksvorstand

Adressat: Bezirksparteitag, Bundeskongress, Bundesparteitag,
Bundestagsfraktion

Betr.: Faire Chancen auf Einbürgerung für Staatenlose

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Ungefähr 15 Millionen Menschen weltweit sind von Staatenlosigkeit betroffen, in Deutschland
4 allein leben über 126.000 Menschen, die von keinem Staat als Staatsangehörige anerkannt
5 werden. Ohne gültige Nationalität haben sie keinen Zugang zu grundlegenden Menschenrechten.
6 Staatenlose Personen werden im deutschen Einbürgerungsrecht bisher nicht berücksichtigt,
7 selbst wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

8
9 Wir fordern daher, dass eine explizite Nennung von Staatenlosigkeit ins Staatsangehörigkeits-
10 gesetz aufgenommen wird. Es wird grundsätzlich durch geregelte Verfahren erleichtert, den
11 Zustand der Staatenlosigkeit anerkannt zu bekommen. Auch wird ein System geschaffen, durch
12 welches in Deutschland geborene staatenlose Menschen sowie staatenlose Kinder stark
13 vereinfacht die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen können. Es wird eine Angleichung der
14 Mindestaufenthaltsdauer für die Einbürgerung staatenloser Menschen vorgenommen.

15
16
17 **Begründung:**

18
19 Erfolgt mündlich.

- 20
21
22 angenommen
23 abgelehnt
24 überwiesen an

25

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: RI2

Antragsteller*in: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bundesvorstand

Betr.: Vegan kann mehr

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Was mit dem Begriff „Vegan“ gemeint ist, weiß spätestens beim Thema Ernährung jeder. Doch
4 auch in der Bekleidungs – und Kosmetikindustrie spielt der Begriff immer öfter eine Rolle.
5 Wer wirklich nachhaltiger leben möchte achtet also auch hier gerne auf die Bezeichnung.
6 Deshalb fordern wir, den Begriff „Vegan“ rechtlich zu definieren und den Begriff „ohne
7 Tierversuche“ zu inkludieren, um den Produktionsweg noch transparenter zu gestalten.

8
9
10 **Begründung:**

11
12 Wenn ein Produkt vegan ist, heißt das nur, dass es keinerlei tierische Substanzen enthält, aber
13 deshalb ist es leider noch längst nicht tierversuchsfrei. Wer sich für vegane Produkte und die
14 Lebensweise entscheidet, hat sich insgesamt dafür entschieden zu leben ohne, dass Tiere für
15 den Menschen leiden müssen.

- 16
17 angenommen
18 abgelehnt
19 überwiesen an

20

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: RI3

Antragsteller*in: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz

Betr.: Wasser marsch! Echter Ausbau von Wasserspendern in ganz (Nord-)Hessen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Das Land Hessen setzt sich für einen flächendeckenden Ausbau von Wasserspendern im
4 öffentlichen Raum ein. Besonders im Fokus sollen dabei ländliche und kleinstädtische Gebiete
5 stehen. Die bereits existierenden Fördermaßnahmen des Landes sollen ausgeweitet werden,
6 damit auch finanziell schwächere Kommunen ihr Netz an Wasserspendern, Trinkbrunnen und
7 vergleichbaren Anlagen ausbauen können.

8
9

10 **Begründung:**

11
12 Wird nachgereicht

13
14

- 15 angenommen
16 abgelehnt
17 überwiesen an

18

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle

Antrag: RI4

Antragsteller*in: Bezirksvorstand

Adressat: SPD Bezirksparteitag, SPD Bundesparteitag, Juso Bundeskonferenz

Betr.: Sich rechtlich von den Eltern scheiden lassen können-
"Rechtsstatus Leaving Care" einführen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2
3 Der Begriff "Careleaver" ist eine Selbstbezeichnung von jungen Menschen, welche eine Zeit in
4 ihrer Kindheit oder Jugend in stationären Einrichtungen (Wohngruppen, Pflegefamilien,
5 Tagesgruppen etc.) gelebt haben.
6 Nach dem Auszug haben Careleaver*innen meist besonders schwierige Startbedingungen.
7 Statistisch ziehen junge Menschen mit etwa 23 Jahren aus dem Elternhaus aus. Schauen wir in
8 die Jugendhilfe, ist eine Gewährung der Hilfen über das 18. Lebensjahr häufig schwierig- So
9 ziehen junge Menschen aus der Jugendhilfe meist schon deutlich früher als ihre Peergruppe in
10 eine eigene Wohnung und sind besonderen Herausforderungen ausgesetzt.
11
12 Nach der Zeit in der Jugendhilfe haben sie besonders schwierige Startbedingungen, denn
13 Lebensverhältnisse im jungen Erwachsenenalter sind oftmals prekär. In der Mehrzahl werden
14 Careleaver*innen kaum oder gar nicht von ihren Eltern unterstützt und können wenig auf familiäre
15 Ressourcen zurückgreifen.
16 Da Careleaver*innen nicht auf die Unterstützung der Herkunftsfamilie hoffen können, sind sie auf
17 existenzsichernde Leistungen wie beispielsweise Bürger*innen-Geld, BAföG, Ausbildungsbeihilfe
18 oder Wohngeld angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.
19
20 Leistungen im Jugend- und Erwachsenenalter, insbesondere in der Zeit des Studiums oder der
21 Ausbildung, sind an den familiären Hintergrund geknüpft und setzen voraus, dass eine
22 Kontaktaufnahme zum Elternhaus (Bei dem Nachweis des Anspruchs auf Leistungen) möglich
23 ist. Auch ein Übergang in die eigene Wohnung kann von Familienleistungen abhängig sein.
24 Diese Situation sorgt für eine Abhängigkeit zu der Herkunftsfamilie und baut Druck auf.
25
26 So bedeutet die momentane Praxis für junge Menschen aus der Jugendhilfe, dass sie für
27 (Einkommens-)nachweise bei der Beantragung von Geldern wieder Kontakt zu den Eltern
28 aufbauen müssen. Sie sind auf die "Kulanz" der eigenen Eltern angewiesen und müssen hoffen,
29 dass sie die nötigen Unterlagen zur Beantragung der Gelder bekommen. Diese Kontaktaufnahme
30 kann für Careleaver*innen retraumatisierend sein oder auch eine besondere Gefährdungslage
31 herstellen.
32
33 Von der Beantragung bis zur Bewilligung von Geldern (bspw. beim BAföG), können einige Monate
34 verstreichen. Werden Dokumente von den Eltern nicht erbracht, so kann sich eine Bewilligung
35 weiter in die Länge ziehen- zwar sind Eltern zur Auskunft hinsichtlich ihrer
36 Einkommensverhältnisse verpflichtet, aber die Praxis bringt Careleaver*innen bei einer
37 verlangsamten Antragstellung in eine besonders prekäre Lage.
38 Betroffene erleben darüber hinaus unsensibles Verhalten auf Seiten der Ämter, ihre Erfahrungen
39 werden verharmlost ("Wir alle hatten doch schon Stress mit unseren Eltern")- Dies sorgt dafür,
40 dass sich junge Menschen mit ihrer Lage nicht ernst genommen fühlen.

41
42 Aufgrund dieser Situation **fordern** wir die entsprechenden Stellen dazu **auf**, den "Rechtsstatus
43 Leaving Care" konzeptionell und rechtlich auszuarbeiten.
44 Der "Rechtsstatus Leaving Care" soll Careleaver*innen die Möglichkeit geben, sich aus der
45 Verantwortung der Nachweispflicht der Eltern ziehen zu können.
46 Wir wünschen uns eine sensible, unbürokratische Umsetzung des Rechtsstatus.
47 So können Careleaver*innen beispielsweise auf Antragsformularen auf ihren Rechtsstatus
48 hinweisen und die entsprechende Stelle holt sich eigenständig die nötigen Informationen von der
49 Herkunftsfamilie.
50
51 Bei möglichen Entwürfen des Rechtsstatus sind stets die Selbstvertretungen aus der Jugendhilfe
52 zu beteiligen. Es ist darauf hinzuwirken, dass der "Rechtsstatus Leaving Care" auch Einzug in
53 die Sozialgesetzgebung findet und auch dort festgelegt wird, wer einen Rechtsanspruch auf
54 diesen Status hat.
55
56 Es gilt darüber hinaus nachzudenken, wie soziale Sicherheit und ein gleichberechtigter sozialer
57 Status von jungen Menschen jenseits von Armutslagen, familialen Abhängigkeiten und
58 Diskriminierung gestaltet werden kann.
59
60 **Begründung:**
61
62 Erfolgt mündlich.
63
64
65
66 angenommen
67 abgelehnt
68 überwiesen an
69

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: RI5

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso
Landeskonferenz Hessen, SPD-Unterbezirksparteitag
Kassel- Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD
Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Werbeverbot für Sportwetten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, die Werbung jeglicher
4 Sportwetten Anbietern inklusive Sponsorings zu verbieten.

5
6
7 **Begründung:**
8
9 Die Nutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel trägt zur Reduzierung von CO2-Emissionen bei.
10 Indem Schüler*Innen ermutigt werden, mit dem Fahrrad zur Schule zu kommen, leisten sie einen
11 positiven Beitrag zum Umweltschutz. Verschließbare Fahrradboxen bieten einen sicheren
12 Aufbewahrungsort während des Schulbetriebs. Dadurch wird das Risiko von Diebstählen und
13 Vandalismus minimiert und die Langlebigkeit der Fahrräder gewährleistet. Allgemein sollte es
14 unser Ziel sein, so genannte „Elterntaxis“ langfristig zu ersetzen. Durch den Sicherheitsaspekt
15 soll das Fahrrad als Verkehrsmittel attraktiver werden.

- 16
17
18 angenommen
19 abgelehnt
20 überwiesen an
21

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: SZ1

Antragsteller*in: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Landeskonzferenz der Jusos Hessen, Bezirksparteitag SPD-Hessen Nord, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Die Zukunft sichern: Für eine flächendeckende und bedarfsgerechte ambulante psychotherapeutische Versorgung junger Menschen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die psychische Gesundheit von jungen Menschen ist von entscheidender Bedeutung für ihre
4 Zukunft und die Gesellschaft als Ganzes. Bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie betrug
5 die durchschnittliche Wartezeit auf ein ambulantes psychotherapeutisches Erstgespräch bei
6 einem Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten oder einer Kinder- und
7 Jugendlichenpsychotherapeutin (KJP) etwa 5,8 Wochen [1]. Der Beginn einer Therapie erfolgte
8 im Durchschnitt nach 14,4 Wochen [1].

9 Die COVID-19-Pandemie hat die Situation allerdings drastisch verschärft: Die Wartezeiten
10 haben sich nahezu verdoppelt, mit durchschnittlich 10,2 Wochen für ein Erstgespräch und
11 alarmierenden 25,3 Wochen bis zum Therapiebeginn [1]. Die Auswirkungen auf die psychische
12 Gesundheit junger Menschen sind gravierend. Die Fallzahlen stationärer Behandlungen sind
13 infolge der Pandemie gestiegen [2], begleitet von einem Anstieg psychischer Störungen [3] und
14 pandemieassoziierten Symptomverschlechterungen bei bereits erkrankten Kindern und
15 Jugendlichen [1].

16 Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen darf nicht weiter vernachlässigt
17 werden. Es muss sichergestellt werden, dass sie rechtzeitig Zugang zur ambulanten
18 psychotherapeutischen Versorgung erhalten.

19
20 **Forderungen**

21
22 • **Präventionsmaßnahmen ausbauen**

23 Informationskampagnen sollten über psychische Erkrankungen und Beratungs- und sonstige
24 Hilfsangebote aufklären. Diese Kampagnen sollten gezielt in Kindertagesstätten, Schulen,
25 Jugend- und Freizeiteinrichtungen sowie an Hochschulen erfolgen. Zusätzlich sollten Personen
26 im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich spezifisch zur frühzeitigen Erkennung von
27 psychischen Problemlagen und zur Weitervermittlung an unterstützende Angebote geschult
28 werden [4]. Bei dem Einsatz von spezifischen Präventionsprogrammen ist sicherzustellen, dass
29 diese evidenzbasiert sind und gezielt eingesetzt werden [5, 6, 7].

30
31 • **Frühzeitigen Zugang zu niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten ermöglichen**

32
33 Schulpsychologische und psychosoziale Unterstützungsangebote wie die qualifizierte
34 Schulsozialarbeit sollten flächendeckend in den Schulalltag integriert werden. Es sollten
35 Möglichkeiten geprüft werden, um den niedrigschwelligen Zugang zu psychotherapeutischen
36 Sprechstunden an Schulen zu ermöglichen. Die Möglichkeit zur psychologischen Beratung an
37 Hochschulen sollte ausgebaut werden.

38
39
40 • **Flächendeckende und bedarfsgerechte ambulante psychotherapeutische**
41 **Versorgung von Kindern und Jugendlichen sicherstellen**
42 Im Jahr 2019 gab es in Deutschland etwa 48.000 Psychologische Psychotherapeut*innen sowie
43 Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen [8]. Etwa 28.000 von ihnen haben einen
44 sogenannten „Kassensitz“ und können somit die Behandlung mit den Krankenkassen
45 abrechnen [9], 6.300 davon sind Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen [10]. Die Zahl
46 der Kassensitze ist allerdings limitiert und wird durch die Bedarfsplanung des gemeinsamen
47 Bundesausschusses (G-BA) geregelt. Darin wird festgelegt, wie viele Ärzt*innen und
48 Psychotherapeut*innen sich wo niederlassen dürfen. Die aktuelle Bedarfsplanung orientiert sich
49 an der Versorgung mit Psychotherapeut*innen von 1999. Bereits zu diesem Zeitpunkt waren
50 weniger Therapeut*innen in ländlichen Gebieten als in Großstädten tätig, was den Bedarfsplan
51 verzerrte [11]. Dies führt zu erheblichen regionalen Unterschieden in der
52 psychotherapeutischen Versorgung und in den Wartezeiten [12]. Dementsprechend muss eine
53 **adäquate Reform der Bedarfsplanung** veranlasst werden, die diese regionalen Unterschiede
54 berücksichtigt. **Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen sollten in der**
55 **Bedarfsplanung künftig als eigene Gruppe geplant werden.** Bisher werden
56 Psychotherapeut*innen für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche in der
57 Bedarfsplanung als eine Gruppe betrachtet, was der Versorgungslage nicht gerecht wird. Die
58 Reformierung der Bedarfsplanung ist im Koalitionsvertrag der Ampel zwar vorgesehen, muss
59 aber auch zeitnah umgesetzt werden.
60 Die gesetzlichen Krankenkassen sind dazu verpflichtet, bei einem nachgewiesenen Bedarf die
61 Kosten einer Psychotherapie zu übernehmen. Wenn innerhalb einer bestimmten Zeit und einer
62 zumutbaren Entfernung kein Behandlungsplatz in einer kinder- und
63 jugendlichenpsychotherapeutischen Praxis mit Kassensitz gefunden werden kann, muss die
64 Krankenkasse über das Kostenerstattungsverfahren die Kosten für die Behandlung in einer
65 Privatpraxis übernehmen. **Es muss gewährleistet werden, dass diese**
66 **Kostenerstattungsverfahren möglichst unkompliziert ablaufen und die Krankenkassen**
67 **ihren Pflichten nachkommen** (zur Übersicht der Problemlage siehe [13]). Zeitgleich muss klar
68 sein, dass die Kostenerstattungsverfahren nur als Notlösungen anzusehen sind.
69 Die **Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung** muss zeitnah gesetzlich
70 geregelt werden, damit die psychotherapeutische Versorgung mit Fachkräften auch in Zukunft
71 sichergestellt ist (Überblick in [14]).

72 • **Förderung von entsprechenden Forschungsprojekten**
73 Repräsentative Forschungsprojekte zu den Folgen der Pandemie bei Kindern und Jugendlichen
74 sollten weiterhin gefördert werden. Zudem bedarf es weiterer Forschungsprojekte im Bereich
75 der Präventionsprogramme psychischer Erkrankungen [15].
76
77

78 **Begründung:**

79
80
81 Etwa die Hälfte aller psychischen Erkrankungen entsteht bereits vor dem 19. Lebensjahr und fast
82 jede*r Fünfte unter 18 Jahren erkrankt innerhalb eines Jahres an einer psychischen Störung [16],
83 was die Dringlichkeit einer frühzeitigen Intervention und einer adäquaten Behandlung
84 verdeutlicht.
85

86 Die Risikofaktoren für psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen sind vielfältig und
87 reichen vom sozioökonomischen Hintergrund über Erkrankungen der Eltern bis hin zu
88 chronischen Krankheiten. Kinder psychisch kranker Eltern haben selbst ein doppelt so hohes
89 Risiko, ebenfalls an einer psychischen Störung zu erkranken [3]. Durch eine unzureichende
90 psychotherapeutische Versorgung werden bereits benachteiligte junge Menschen weiter
91 vernachlässigt und ihre Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt. Dies verstärkt bereits bestehende
92 soziale Ungleichheiten und wirkt sich negativ auf ihre Zukunftschancen aus. Es ist daher von
93 entscheidender Bedeutung, dass alle jungen Menschen, unabhängig von ihrem Hintergrund,

94 Zugang zu einer angemessenen psychotherapeutischen Versorgung haben.
95

96
97 Quellen
98

99 [1] Plötner, M., Moldt, K., In-Albon, T. & Schmitz, J. (2022). Einfluss der COVID-19-Pandemie auf
100 die ambulante psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Die
101 Psychotherapie, 67(6), 469–477. <https://doi.org/10.1007/s00278-022-00604-y>
102

103 [2] Witte, J., Zeitler, A. & Hasemann, L. (2022). Krankenhausversorgung von Kindern und
104 Jugendlichen während der Pandemie. Fokus: Psychische Erkrankungen. [Vortrag vom
105 18.5.2022.] <https://www.dak.de/dak/download/report-2558040.pdf>
106

107 [3] Wolf, K. & Schmitz, J. (2023). Scoping review: longitudinal effects of the COVID-19 pandemic
108 on child and adolescent mental health. European Child & Adolescent Psychiatry, 1–56.
109 <https://doi.org/10.1007/s00787-023-02206-8>
110

111 [4] Deutscher Ethikrat (2022). Pandemie und psychische Gesundheit. Aufmerksamkeit, Beistand
112 und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in und nach gesellschaftlichen
113 Krisen. Ad-Hoc-Empfehlungen. <https://tinyurl.com/3v8zn5ah>.
114

115 [5] Bartens, W. (16. Januar 2024). Was schützt Jugendliche vor Depressionen? Manche
116 Präventionsprogramme sind schädlich. Süddeutsche Zeitung.
117 [https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/depressionen-jugendliche-schutz-praevention-risiko-
118 eltern-1.6333968](https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/depressionen-jugendliche-schutz-praevention-risiko-eltern-1.6333968)
119

120 [6] Harvey, L. J., White, F. A., Hunt, C. & Abbott, M. (2023). Investigating the efficacy of a
121 Dialectical behaviour therapy-based universal intervention on adolescent social and emotional
122 well-being outcomes. Behaviour Research and Therapy, 169, 104408.
123 <https://doi.org/10.1016/j.brat.2023.104408>
124

125 [7] Andrews, J. L., Birrell, L., Chapman, C., Teesson, M., Newton, N., Allsop, S., McBride, N.,
126 Hides, L., Andrews, G., Olsen, N., Mewton, L. & Slade, T. (2023). Evaluating the effectiveness of
127 a universal eHealth school-based prevention programme for depression and anxiety, and the
128 moderating role of friendship network characteristics. Psychological Medicine, 53(11), 5042–
129 5051. <https://doi.org/10.1017/S0033291722002033>
130

131 [8] Pressemitteilung des statistischen Bundesamts:
132 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_N022_23.html
133

134 [9] Gesundheitsdaten der kassenärztlichen Bundesvereinigung
135 <https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/16393.php>
136

137 [10] Deutsche Psychotherapeuten Vereinigung (2021). Report Psychotherapie 2021.
138 [https://www.dptv.de/fileadmin/Redaktion/Bilder_und_Dokumente/Wissensdatenbank_oeffentlich
139 /Report_Psychotherapie/DPTV_Report_Psychotherapie_2021.pdf](https://www.dptv.de/fileadmin/Redaktion/Bilder_und_Dokumente/Wissensdatenbank_oeffentlich/Report_Psychotherapie/DPTV_Report_Psychotherapie_2021.pdf)
140

141 [11] Bertelsmann Stiftung (2017). Psychotherapeuten Bedarf, Nachfrage, Angebot – Maßnahmen
142 für eine bedarfsgerechte Verteilung. [https://www.bertelsmann-
143 stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/VV_SpotGes_Psych_final.pdf](https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/VV_SpotGes_Psych_final.pdf)
144

145 [12] Rabe-Menssen, C., Hentschel, G. & Ruh, M. Ergebnisse der DPtV-Online-Umfrage – Ist-
146 Zustand vor der Richtlinien-Reform: Erhebliche regionale Unterschiede in der Wartezeit auf
147 Psychotherapie. Psychotherapie Aktuell 4.2017.
148 [https://www.dptv.de/fileadmin/Redaktion/Bilder_und_Dokumente/Wissensdatenbank_oeffentlich
149 /DPtV_Hintergrund/DPtV-Hintergrund-2017-2.pdf](https://www.dptv.de/fileadmin/Redaktion/Bilder_und_Dokumente/Wissensdatenbank_oeffentlich/DPtV_Hintergrund/DPtV-Hintergrund-2017-2.pdf)

150
151 [13] Nübling, R. & Jeschke, K. (2018). Kostenerstattung in der ambulanten Psychotherapie.
152 Mitgliederbefragung der Landespsychotherapeutenkammern Baden-Württemberg, Bayern,
153 Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und
154 Schleswig-Holstein. Ergebnisbericht. [https://www.psychotherapeutenkammer-](https://www.psychotherapeutenkammer-berlin.de/system/files/nuebling_jeschke_et_al_kev_ambul_pt_bericht_2018_final_16102018.pdf)
155 [berlin.de/system/files/nuebling_jeschke_et_al_kev_ambul_pt_bericht_2018_final_16102018.pdf](https://www.psychotherapeutenkammer-berlin.de/system/files/nuebling_jeschke_et_al_kev_ambul_pt_bericht_2018_final_16102018.pdf)
156
157 [14] Berufsverband deutscher Psychologinnen und Psychologen: <https://www.bdp->
158 [verband.de/aktuelles/detailansicht/factsheet-zur-finanzierung-der-psychotherapeutischen-](https://www.bdp-verband.de/aktuelles/detailansicht/factsheet-zur-finanzierung-der-psychotherapeutischen-weiterbildung)
159 [weiterbildung](https://www.bdp-verband.de/aktuelles/detailansicht/factsheet-zur-finanzierung-der-psychotherapeutischen-weiterbildung)
160
161 [15] Reiß, F., Napp, A.-K., Erhart, M., Devine, J., Dadaczynski, K., Kaman, A. & Ravens-Sieberer,
162 U. (2023). Perspektive Prävention: Psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern in
163 Deutschland. Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz, 66(4), 391–
164 401. <https://doi.org/10.1007/s00103-023-03674-8>
165
166 [16] Faktenblatt der Bundespsychotherapeutenkammer zu psychischen Erkrankungen bei
167 Kindern und Jugendlichen:
168 [https://api.bptk.de/uploads/Faktenblatt_Psychische_Erkrankungen_bei_Kinder_und_Jugendlich](https://api.bptk.de/uploads/Faktenblatt_Psychische_Erkrankungen_bei_Kinder_und_Jugendlichen_4479e5e537.pdf)
169 [en_4479e5e537.pdf](https://api.bptk.de/uploads/Faktenblatt_Psychische_Erkrankungen_bei_Kinder_und_Jugendlichen_4479e5e537.pdf)
170
171
172
173
174 angenommen
175 abgelehnt
176 überwiesen an
177

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: SZ2

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD- Bundestagsfraktion

Betr.: Förderung Ehrenamt

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für eine Erweiterung des bisherigen
3 „Sportvereinschecks“ einsetzen. Diese Ehrenamtsförderung soll es nicht nur für
4 Sportvereine, sondern für alle gemeinnützigen eingetragenen Vereine in Deutschland geben.
5 Die erweiterte Förderung soll „Vereinscheck“ genannt werden

6

7 **Begründung:**

8 Der bisherige „Sportvereinscheck“ war ein gutes Angebot und eine Unterstützung für viele
9 Menschen in Deutschland. Mit dem Hintergedanken, mehr Personen zur Bewegung und zum
10 Sport zu begeistern, war der Check ein guter Anreiz. Mit dem Antrag hier, soll noch ein
11 weiterer Aspekt hinzugebracht werden – das soziale Miteinander. Nicht nur die Sportvereine,
12 sondern auch viele Fördervereine von Feuerwehren, Schulen, Schwimmbädern oder Kirchen
13 tragen einen wichtigen Teil in der Gesellschaft, wenn es um das gemeinsame Leben geht.
14 Damit sich auch besonders finanziell schwächere Menschen, eine Mitgliedschaft leisten
15 können bzw. durch einen Gutschein der Einstieg in das Ehrenamt erleichtert wird, muss der
16 Staat Anreize und Möglichkeiten schaffen.

17 Als Sozialdemokratische Partei müssen wir die Bedürftigen in unserem Land unterstützen
18 und Ihnen eine Perspektive in den Vereinen ermöglichen.
19 Auch jüngere Menschen würden so die Möglichkeit bekommen, ohne Kosten oder zumindest
20 mit geringeren Kosten eine Mitgliedschaft in einem Verein zu testen und danach dem Verein
21 erhalten zu bleiben.

22

23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: SZ3

Antragssteller*in: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen- Nord, Juso Landeskonferenz Hessen, SPD-Unterbezirksparteitag Kassel- Land, SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Wickeln kann jede*r

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die hessische SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Erarbeitung und
4 Umsetzung einer neuen Verordnung einzusetzen, die sicherstellt, dass Wickeltische nicht
5 ausschließlich auf den Frauen-Toiletten, sondern auch auf den Männer-Toiletten oder in
6 einem separaten Raum platziert
7 werden müssen.

8

9 **Begründung:**

10 Die aktuelle Praxis, Wickeltische ausschließlich auf den Frauen-Toiletten zu platzieren,
11 spiegelt nicht die gesellschaftlichen Realitäten wider und verstärkt stereotype
12 Geschlechterrollen. Diese Ungleichheit erschwert es Männern, eine aktive Rolle in der
13 Betreuung ihrer Kinder zu übernehmen und trägt zur Verfestigung überholter Vorstellungen
14 bei.

15 Es ist unerlässlich, dass die öffentlichen Einrichtungen einen inklusiven und
16 gleichberechtigten Zugang für Eltern, unabhängig von ihrem Geschlecht, zu
17 Wickelmöglichkeiten gewährleisten. Eine neue Verordnung, die die Positionierung von
18 Wickeltischen auf beiden Toiletten oder in einem separaten Raum vorschreibt, trägt dazu
19 bei, die Chancengleichheit zwischen Eltern zu fördern und unterstützt eine moderne,
20 geschlechtergerechte Gesellschaft.

21 Die Einführung dieser Maßnahme ist ein wichtiger Schritt, um den Bedürfnissen aller Eltern
22 gerecht zu werden und einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter zu leisten.

23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an:

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: SZ4

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen Nord, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPDBezirksparteitag, SPD Bundesparteitag

Betr.: Stärkung betrieblicher Mitbestimmung-eine Kerbe schlagen für die Sozialdemokratie!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3
4 **Foderung:**

5
6 Wir fordern eine gesetzliche Stärkung und Erweiterung betrieblicher Mitbestimmungsrechte,
7 die den veränderten Anforderungen von Transformation und Digitalisierung in den
8 Arbeitswelten gerecht wird. Dazu gehören u.a, verbesserter Kündigungsschutz, Aufnahme
9 neuer Themen und Stärkung sowie Erweiterungen des zwingenden Mitbestimmungskatalog
10 von Betriebsräten.

11
12 **wirksame Sanktionen einführen.**

13 Das Betriebsverfassungsgesetz sieht bei Verletzung verschiedener Rechte von
14 Betriebsräten Bußgelder bis zu einer Höhe von 10.000 € vor, die gegen Einzelpersonen in
15 der Unternehmensleitung verhängt werden müssen. Diese Bußgelder haben häufig keine
16 abschreckende Wirkung. Wir wollen deshalb die Bußgelder erhöhen und die Möglichkeit
17 eröffnen, wegen Verstößen gegen die Rechte von Betriebsräten vom Unternehmensumsatz
18 abhängige Sanktionen auch gegen Unternehmen selbst zu verhängen.

19
20 **Behinderung von Betriebsratswahlen und Betriebsratsarbeit als Officialdelikt
21 einstufen.** damit Staatsanwaltschaften sie von Amts wegen verfolgen können.

22 Bislang kann die strafbare Behinderung von Betriebsräten nur dann verfolgt werden,
23 wenn die Interessenvertretung oder Gewerkschaft eine Strafanzeige stellt. Gerade in den
24 Bereichen, in denen Union Busting besonders verbreitet ist, passiert das jedoch selten. Der
25 Angriff auf das
26 demokratische Recht der Beschäftigten ist aber ein Angriff auf unsere Demokratie. Deshalb
27 müssen Staatsanwaltschaften immer in der Lage sein, solche Straftaten zu verfolgen, auch
28 wenn keine Anzeige gestellt wird.

29
30 **Betriebsbegriff im Betriebsverfassungsgesetz an die heutigen betrieblichen**

31 **Wirklichkeiten anpassen.** Der Begriff des Betriebes ist ein wesentlicher Ausgangspunkt des
32 Betriebsverfassungsgesetzes und des Mitbestimmungsrechts. Die Rechtsprechung orientiert
33 sich bei ihrer aktuell vorherrschenden Definition des Betriebsbegriffs an der
34 Leitungsorganisation im Unternehmen. Dies führt immer wieder zu Problemen, da
35 Unternehmensleitungen durch organisatorische Maßnahmen die Struktur des Betriebs und
36 somit die Zusammensetzung des Betriebsrats beeinflussen können. Insbesondere durch
37 Plattformstrukturen und international verteilte Führungsebenen in Unternehmen wird dieses
38 Ungleichgewicht verstärkt. Deshalb wollen wir den Betriebsbegriff so überarbeiten, dass er
39 die heutigen betrieblichen Wirklichkeiten widerspiegelt und für neue Entwicklungen der
40 Betriebsstrukturen offen bleibt. Zu diesem Zweck wollen wir neben einer gesetzlichen

41 Aktualisierung des Betriebsbegriffs vor allem die in § 3 des Betriebsverfassungsgesetzes
42 vorgesehenen Möglichkeiten ausbauen, die mitbestimmungsrelevanten Betriebsstrukturen
43 durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung festzulegen. Das ermöglicht es den
44 Betriebs- und Tarifvertragsparteien, branchen- oder unternehmensspezifische Regelungen
45 und maßgeschneiderte Lösungen für die Interessenvertretungen zu finden.
46

47 **Und ein Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte bei der Personalplanung und**
48 **Personalbemessung.** Eine mitbestimmte Personalplanung stärkt die Vereinbarkeit von
49 Beruf und Familie, fördert die Gleichstellung von Frauen, wirkt der Entgrenzung von Arbeit
50 entgegen und trägt zur Beschäftigungssicherung bei und wirkt durch eine Festlegung der
51 zumutbaren Arbeitsintensität gesundheitsschädlichen Überlastungen der Beschäftigten
52 entgegen. Ein bloßes Beratungsrecht, wie es das Betriebsverfassungsgesetz derzeit
53 vorsieht, hat sich dafür als nicht ausreichend herausgestellt.
54

55 **Und in der digitalen Arbeitswelt dieselben Rechte für Gewerkschaften wie in der**
56 **analogen.** Ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften zu den Betrieben ist dafür ein
57 wichtiger Baustein. Gerade bei stark digitalisierten Unternehmen, bei denen die
58 Beschäftigten viel von zuhause oder unterwegs arbeiten, ist ein analoges Zugangsrecht der
59 Gewerkschaften zum Betrieb zwar wichtig – aber nicht immer ausreichend, um in einen
60 echten Austausch mit den Kolleg:innen zu kommen. Daher ist es wichtig, dass die
61 Gewerkschaften entsprechend ihren bestehenden analogen Rechten auch das Recht
62 bekommen, die digitalen Kommunikationsmöglichkeiten der Unternehmen zu nutzen, um
63 Kontakt zu den Kolleg:innen aufnehmen zu können.
64 Und das deutsche Mitbestimmungsrecht auch auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform
65 mit Sitz in Deutschland erstrecken. Das deutsche Mitbestimmungsrecht gilt bislang nur für
66 Unternehmen, die in einer deutschen Rechtsform organisiert sind. Deshalb wählen
67 mittlerweile viele große Unternehmen eine ausländische Rechtsform, um das demokratische
68 Recht der Beschäftigten auf Mitbestimmung zu unterlaufen.
69

70
71 **Begründung:**

72
73 Erfolgt Mündlich

- 74
75
76
77 angenommen
78 abgelehnt
79 überwiesen an
80

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: SZ5

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

Betr.: Mehr Mitwirkungsrechte für SBV und JAV Jetzt !

- 1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2
3 **Forderung:**
4 Wir fordern mehr Mitwirkungsrechte für SBV und JAV. Die Beschäftigten-Vertreter:innen in
5 der Schwerbehindertenvertretung (SBV) und den JAV haben keine eigenen
6 Mitbestimmungsrechte, sondern üben diese über den Betriebsrat aus, indem sie an dessen
7 Sitzungen teilnehmen und dort verschiedene Beratungsrechte haben. Wir möchten ihnen
8 mehr Mitwirkungsrechte einräumen, indem sie bei Themen, die die von ihnen jeweils
9 vertretenen Beschäftigten betreffen, vor einer Entscheidung des Betriebsrates zwingend zu
10 beteiligen sind.
11
12
13 **Begründung:**
14
15 Erfolgt mündlich
16
17
18
19 angenommen
20 abgelehnt
21 überwiesen an
22

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: SZ6

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso Bezirkskonferenz Hessen Nord, Juso
Bundeskongress, SPD unterbezirksparteitag, SPD
Bezirksparteitag, SPD Bundestagsfraktion

Betr.: Frauen in den Betrieben stärken

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 **Foderung:**

4 Wir fordern die Gleichstellung der Geschlechter und die Entgeltgleichheit in den
5 Unternehmen voranbringen. Betriebsräte benötigen Mitbestimmungsrechte bei Maßnahmen zur
6 Herstellung von Entgeltgleichheit und zur Gewährleistung eines gewalt- und
7 belästigungsfreien Arbeitsumfeldes. Arbeitgeber:innen sollten einmal im Jahr auf
8 Betriebsversammlungen über Maßnahmen zur Gleichstellung und den Stand der
9 Entgeltgleichheit berichten. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einrichtung von
10 Gleichstellungsausschuss ein, die zu gleichen Teilen von Kapitalseite und
11 Beschäftigtenseite besetzt werden und sich mit der Gleichstellung der Geschlechter in den
12 Betrieben und Unternehmen befassen.
13 Und den Kampf gegen Diskriminierung auch in Betrieben und Unternehmen stärken.
14 Beschäftigte erleben auch in den Betrieben und Unternehmen immer wieder Diskriminierung
15 aus unterschiedlichen Gründen. Der Betriebsrat hat auch die Aufgabe, die Einhaltung des
16 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu überwachen und damit Diskriminierung
17 entgegenzuwirken. Er kann der Unternehmensleitung Vorschläge zum Kampf gegen
18 Diskriminierung machen, die jedoch nicht verbindlich sind. Wir möchten daher ein
19 Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Maßnahmen, die der Einhaltung des AGG dienen.

20
21
22 **Begründung:**

23
24 Erfolgt Mündlich

- 25
26
27
28 angenommen
29 abgelehnt
30 überwiesen an

31

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: SZ7

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion, Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress

Betr.: Sozialdemokratischer Klimaschutz in den Betrieben

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 **Forderung:**

4 Wir fordern Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Maßnahmen, die dem Klimaschutz
5 dienen. Betriebsräte wissen meist sehr genau, wozu ihre Betriebe und Unternehmen in der
6 Lage sind und können so oft schneller, flexibler und wirksamer den ökologischen
7 Herausforderungen begegnen, als dies über für alle geltende Gesetzesbestimmungen
8 möglich ist. Durch ein Mitbestimmungsrecht können sie Maßnahmen wie die Einführung
9 nachhaltigerer Produktionsverfahren, Investitionen in klimaneutrale Technologien oder
10 ökologisch verantwortliche Finanzentscheidungen unmittelbar beeinflussen und
11 vorantreiben. Auf diese Weise können Betriebsräte eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung
12 einer klimaneutralen Produktion spielen. In größeren Betrieben mit mehr als 100
13 Beschäftigten, wo schon die Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses verbindlich ist, soll
14 auch eine Pflicht zur Einrichtung eines Umweltausschusses gelten

15

16

17 **Begründung:**

18

19 Erfolgt Mündlich

20

21

22

23 angenommen

24 abgelehnt

25 überwiesen an

26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: SZ8

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD Bundestgasfraktion

Betr.: Ausführliche Datenerhebung und -veröffentlichung zum Thema Femizide

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Foderung:

4

5 Wir fordern eine ausführliche Datenerhebung und Veröffentlichung zum Thema Femizide

6

7

8 **Begründung:**

9

10 Statistisch gesehen wird in Deutschland jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-
11 Partner getötet. Diese existenzielle Bedrohung für 50% unserer Gesellschaft ist aber nach wie
12 vor nicht ausreichend in der Bevölkerung verbreitet. Um das Thema sowohl für Forschende,
13 Medien und Menschen aus Präventionsarbeit angemessen behandelbar und der breiten
14 Öffentlichkeit zugänglich zu machen, braucht es eine hessenweite Aufarbeitung zu Femiziden
15 und eine in regelmäßigen Abständen erfolgende Veröffentlichung der erhobenen Daten.

16

17

18

19 angenommen

20 abgelehnt

21 überwiesen an

22

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: SZ9

Antragsteller*in: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Eine bundeseinheitliche Statistik soll über die Versorgung mit Hebammenhilfe Auskunft geben.
4 Dazu sollen Erhebungen zum Bedarf an Studienplätzen, an benötigten Hebammen zur
5 Umsetzung der Eins- zu- Eins Betreuung und dem Gesamtbedarf an Hebammen in Deutschland
6 erarbeitet werden.

7
8

9 **Begründung:**

10
11 Ohne verlässliche Daten fehlt ein Überblick darüber ob allen werdenden Müttern eine
12 Hebamme zur Verfügung steht.

13
14

- 15 angenommen
16 abgelehnt
17 überwiesen an

18

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: T1

Antragsteller*in: Bezirksvorstand

Adressat: Jusos Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion

Betr.: Tierheime entlasten und damit Tiere schützen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die Anzahl der Pfoten übersteigt bei weitem die Kapazität der helfenden Hände! Jedes Jahr gibt
4 es eine wachsende Zahl an Hunden und Katzen, die in Tierheimen abgegeben werden sollen,
5 doch aufgrund von Platzmangel nicht aufgenommen werden können. Diese Zahl erreicht bereits
6 den vierstelligen Bereich und zeigt weiterhin eine steigende Tendenz. Dort wo noch Kapazitäten
7 sind, stehen Tierheime vor der anspruchsvollen Aufgabe, einer stetig wachsenden Zahl an
8 Tieren, die in ihre Obhut gegeben werden, gerecht zu werden.

9 Insbesondere die Zunahme an kranken Welpen, die aus illegalem Handel stammen, Hunde mit
10 Verhaltensproblemen aus fragwürdigen Zuchtverhältnissen und ausgesetzte Haustiere bereiten
11 den Einrichtungen Sorgen. Diese stehen zunehmend vor dem Problem, nicht genügend Platz zu
12 haben und es mangelt an finanziellen Mitteln für die notwendige medizinische Versorgung sowie
13 an Fachpersonal für die Betreuung der Tiere.

14 Dringend braucht es eine Eindämmung und Überwachung des illegalen Welpen- und
15 Hundehandels. Für die Verfolgung und Eindämmung braucht es stärkere und detailliertere
16 gesetzliche Regelungen gegen den illegalen Handel mit Welpen und Hunden, einschließlich
17 höherer Strafen für Verstöße. Weiter wäre eine Einführung eines verpflichtenden Systems zur
18 Kennzeichnung und Registrierung aller Hunde, um die Herkunft und den Verbleib der Tiere
19 nachvollziehen zu können.

20 Um das Leid der Tiere zu vermindern, braucht es endlich eine Konsequente Durchsetzung des
21 Qualzucht-Verbots, sowie Verbot der wahllosen, nicht ausreichend reglementierten Vermehrung
22 von Hunden.

23 Dringend bedarf es einer Stärkung der Städte und Kommunen, um bestehende Gesetze und
24 Verordnungen zum Schutz der Tiere entsprechend umzusetzen. Vor allem ältere Tiere haben
25 eine lange Verweildauer in Tierheimen. Um Tierheime zu entlasten und auch diesen Tieren ein
26 Zuhause zu bieten, sollte es eine einheitliche Regelung für den Erlass der Hundesteuer für Hunde
27 aus dem Tierheim geben. Deshalb wäre ein Anreizsystem möglich, indem man die Hundesteuer
28 für die Neubesitzer*innen von alten und chronisch kranken Hunden erlässt.

29
30
31 **Begründung:**

32
33 Angesichts der alarmierenden Zunahme an Hunden und Katzen, die jährlich Tierheime zu
34 überfluten drohen, ohne dass genügend Kapazitäten für ihre Aufnahme vorhanden sind, wird die
35 Dringlichkeit einer umfassenden Strategie zur Bewältigung dieser Krise offensichtlich. Tierheime
36 stoßen an ihre Grenzen, nicht nur in Bezug auf den verfügbaren Platz, sondern auch hinsichtlich
37 der finanziellen und personellen Ressourcen, die erforderlich sind, um angemessene
38 medizinische Versorgung und Betreuung zu gewährleisten. Die Situation wird weiter durch die
39 Zunahme an kranken Welpen aus illegalem Handel und Hunden mit Verhaltensproblemen aus
40 unseriösen Zuchtverhältnissen verschärft. Die Einführung strikterer Gesetze gegen den illegalen

41 Handel und die Kennzeichnung sowie Registrierung aller Hunde sind essenzielle Schritte zur
42 Nachverfolgung und Eindämmung dieser Praktiken. Zudem ist die konsequente Durchsetzung
43 bestehender Verbote gegen Qualzucht und die unkontrollierte Vermehrung von Hunden
44 vonnöten. Lokale Behörden müssen gestärkt werden, um Tierschutzgesetze effektiv umzusetzen
45 und die Lage in den Tierheimen zu verbessern. Ein Anreizsystem für die Adoption älterer Tiere
46 könnte zudem einen wesentlichen Beitrag leisten, um Tierheime zu entlasten und diesen Tieren
47 ein liebevolles Zuhause zu geben.

48

49

50 angenommen

51 abgelehnt

52 überwiesen an

53

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: T2

Antragsteller*in: Unterbezirk Fulda

Adressat: UBK, BeKo, LaKo, BuKo, UBPT, BePT, LPT, BuPT, SPD-MdEPs

Betr.: Qualen von Kälbern reduzieren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die genannten Adressaten sollen darauf hinwirken, dass ein Gesetz zum Schutz von Kälbern im
4 Europa-Parlament verabschiedet wird. Dieses soll dafür Sorge tragen, dass zum einen der
5 Transport von Kälbern unter 6 Wochen grundsätzlich untersagt wird. Weiterhin muss mit Hilfe von
6 speziell an das Saugverhalten angepassten Transportfahrzeugen eine altersgerechte &
7 tiergerechte Versorgung gewährleistet werden. Der Transport in den genannten
8 Transportfahrzeugen darf bei nicht abgesetzten Kälbern in der EU eine Transportzeit von acht
9 Stunden ohne eine ausreichende Pause nicht überschritten werden.

10

11

12 **Begründung:**

13

14 Erfolgt mündlich.

- 15
- 16
- 17
- 18 angenommen
- 19 abgelehnt
- 20 überwiesen an

21

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: U1

Antragsteller*in: Bezirksvorstand

Adressat: Jusos Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Betr.: Greenwashing entgegen wirken: Einheitliche Umwelt- und Klimakosten Zertifizierung

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Es wird ein einheitliches System geschaffen, das die Vielzahl an Gütesiegeln und Zertifikaten
4 für nachhaltige Mode vereint. Verbraucher*innen sollen zukünftig auf einen Blick sehen können,
5 inwiefern ein Kleidungsstück tatsächlich Nachhaltigkeitskriterien erfüllt. Virtuelles Wasser,
6 nachhaltiger Anbau, Recyclingquoten wären erste Ansätze dafür. Das System muss die
7 Verbraucher*innenfreundlichkeit in den Vordergrund stellen. Dafür sollen Messgrenzen
8 geschaffen werden, so dass die verschiedenen Kriterien auf einen Blick dargestellt werden
9 können, beispielsweise mit einer Kennzeichnung durch ein Benotungssystem. Auf
10 Kompatibilität mit den geplanten EU Digital Product Passports soll dabei geachtet werden.

11
12
13 **Begründung:**

14
15 Viele Konsument*innen versuchen schon jetzt bei ihren Käufen auf Nachhaltigkeit zu achten.
16 Deswegen informieren schon jetzt viele Unternehmen über vermeintlich nachhaltige Aspekte des
17 Kleidungsstücks. Da es jedoch keine einheitliche Kennzeichnung gibt, ist für Konsument*innen
18 kaum nachvollziehbar, ob ein Produkt tatsächlich nachhaltig ist, oder ob lediglich green washing
19 betrieben wird. Ein einheitliches System, das auf einen Blick nachvollziehbar macht, welche
20 Auswirkungen ein Produkt auf die Umwelt hat, ist deswegen ein wichtiger Schritt.

- 21
22
23 angenommen
24 abgelehnt
25 überwiesen an
26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2024 • Hofgeismar • Stadthalle**

Antrag: U2

Antragsteller*in: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord, Juso-Landeskonferenz Hessen, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder, SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Landesparteitag Hessen, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Neue Spielregeln für den freiwilligen Kohlenstoffmarkt.
Runter vom verkohlten Holzweg!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Eine Regulierung des freiwilligen Kohlenstoffmarktes (VCM) sowie sogenannter Offset-
4 Maßnahmen zur Kompensation von emittierten Emissionen ist dringend erforderlich. Der
5 freiwillige Kohlenstoffmarkt ist in den letzten Jahren rasant gewachsen, doch das Wachstum
6 gleicht eher einem Wildwuchs aufgrund fehlender Regulierung.

7
8 Wir plädieren daher dafür, für den freiwilligen Kohlenstoffmarkt eine jährliche Obergrenze für die
9 Ausgabe von CO₂-Zertifikaten festzulegen und sich preislich an den Klimaschäden der
10 ausgestoßenen Emissionen zu orientieren, ähnlich wie bei den Compliance-Märkten (EU-ETS).

11
12 Des Weiteren besteht dringender Handlungsbedarf im Bereich der sogenannten Offset-
13 Maßnahmen. Die Projekte, für die CO₂-Zertifikate ausgestellt werden, unterliegen derzeit
14 keinen staatlichen Zertifizierungsstandards, sondern privaten. Dies kann dazu führen, dass die
15 Emissionsgutschriften aus diesen Projekten weniger CO₂ einsparen, als angegeben wird.
16 Daher fordern wir die Einführung evidenzbasierter, verbindlicher und übergreifender
17 Qualitätsstandards für solche Projekte, festgelegt durch öffentliche Aufsichtsbehörden. Diese
18 Standards sollten die Grundprinzipien der Zusätzlichkeit und Dauerhaftigkeit erfüllen und
19 gleichzeitig einen sozialen Nutzen bieten. Zudem sollten sie keine Diskriminierung,
20 insbesondere von FINTA, fördern, und dürfen nicht im Konflikt mit anderen Umweltschutzziele
21 stehen. Die Anbieter von Kompensationsangeboten sollten verpflichtet werden, diese
22 Qualitätsstandards einzuhalten und den Nachweis darüber bei den entsprechenden
23 Aufsichtsbehörden zu erbringen. Ferner soll eine Sanktionierung der am Handel mit Zertifikaten
24 beteiligten Akteure bei Verfehlungen möglich sein.

25
26 Die Berechnung der CO₂ Einsparung der einzelnen Projekte soll unseren Forderungen nach
27 standardisiert werden, um ein künstliches Aufblähen der Menge an möglichen Zertifikaten pro
28 Projekt zu unterbinden.

29
30 Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen zur Regulierung fordern wir ein Verbot für werbliche
31 Aussagen wie "klimaneutral", "umweltfreundlich" oder "gut für das Klima/Umwelt" für Produkte,
32 deren Emissionen durch Offset-Maßnahmen ausgeglichen wurden.

33
34
35 **Begründung:**
36

37 Ein unregulierter, freiwilliger Kompensationsmarkt (VCM) könnte der Umwelt mehr schaden als
38 nutzen. Dies wurde durch Recherchen von Zeitungen wie "Die Zeit" und "The Guardian" deutlich.
39 Dabei wurden Zertifikate privater Zertifizierungsstellen, die sich mit dem Schutz oder der
40 Wiederaufforstung des Regenwaldes befassen, teilweise als minderwertig entlarvt. Der Grund
41 dafür liegt in der Berechnung des Einsparpotenzials der Projekte, die zu einer Überbewertung
42 des Einsparpotenzials führte (The Guardian, 2023).
43 Darüber hinaus setzen die Möglichkeiten zur freiwilligen Kompensation von CO2-Emissionen
44 falsche Anreize für Unternehmen und Verbraucherinnen in Bezug auf Emissionsreduktion und -
45 vermeidung. Eine Netto-Null-Strategie, die auf der Kompensation von Emissionen beruht, ist
46 keine echte Netto-Null-Strategie, da sie keine Emissionen einspart. Ein unregulierter Markt öffnet
47 somit die Tür für die Irreführung und Täuschung von Verbraucherinnen. Unternehmen, die ihre
48 Emissionen bereits auf ein unvermeidbares Minimum reduziert haben und die verbleibenden
49 Emissionen kompensieren möchten, laufen Gefahr, Greenwashing zu betreiben. Dieses Risiko
50 könnte langfristig dazu führen, dass Unternehmen ihre Bemühungen um den Klimaschutz im
51 Verborgenen durchführen (sog. "Greenhushing"). Ohne Regulierung steht der freiwillige
52 Kohlenstoffmarkt einer Netto-Null-Strategie für Emissionen im Weg. Der Grund dafür ist, dass es
53 erheblich günstiger ist, eine Tonne CO2-Äquivalente zu kompensieren, als sie zu vermeiden. So
54 konnte 2021 ein CO2-Zertifikat für ca. 3,50 € erworben werden, während die gleichzeitigen
55 Schäden der ausgestoßenen Menge an Emissionen sich auf ca. 237 € pro Tonne CO2-
56 Äquivalente belaufen (UBA, 2023).
57 Langfristig sollte die Kompensation von Emissionen durch einen Contribution-Claim-Ansatz
58 ersetzt werden. Dieser Ansatz ermöglicht es, den globalen Klimaschutz durch private
59 Finanzierungsbeiträge zu fördern.

60
61
62
63
64

- 65 angenommen
- 66 abgelehnt
- 67 überwiesen an
- 68